

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlich: Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilh. Riepert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Badian, Magdeburg. Druck und Verlag von H. Jannitsch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Dr. Mühlgr. 3, Bernstr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlgr. 3, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangierlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Verkauft in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. 70 Pf., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die sechsseitige Zeitspalte 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtzeit 50 Pf. Post-Bezugsliste Seite 406

Nr. 194.

Magdeburg, Donnerstag den 20. August 1908.

19. Jahrgang.

„Auf Umwegen.“

Der Magdeburger Polizeipräsident hat denselben Pfad beschritten, auf dem sein Breslauer Amtskollege zu wandeln für nötig findet. Beide versuchen nämlich, „auf Umwegen“ das alte preussische reaktionäre Vereinsgesetz wiederherzustellen.

Zu diesem Zweck entsandte der Polizeipräsident am Dienstag in die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg — die nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs zugänglich war und sich mit der Wahl der Delegierten zum Münchener Parteitag beschäftigen sollte — zwei Polizeibeamte zur Überwachung, trotzdem das Vereinsgesetz der Polizei die Befugnis, in Vereinsversammlungen vertreten zu sein, ausdrücklich gestrichen hat.

Das Erscheinen der Beamten löste in der Versammlung verständlicherweise allgemeinen Unwillen aus. Die Versammlung beschloß, die Polizeibeamten zum Verlassen des Saales aufzufordern. Da dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, vertagte sich die Versammlung. Um aber der Polizei keine Möglichkeit zu geben, das Vorgehen als auf dem „Ungeheuer untergeordneter Organe“ beruhend darzustellen, begaben sich die Genossen Klüh, Solz, Apfel und Weims sofort in das Polizeipräsidium, um die Meinung des verantwortlichen Präsidenten zu erfahren.

Dort entwickelte sich folgender Dialog:

Klüh: In unserer Mitgliederversammlung erschien heute abend angeblich in dienstlichem Auftrag ein Polizeikommissar mit einem Schutzmännchen, um die Versammlung zu überwachen. Wir sind gekommen, Sie zu fragen, ob der Polizeikommissar in Ihrem Einverständnis handelt, ob Ihnen bekannt ist, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelt, die Anwesenheit der Beamten dem Vereinsgesetz nicht entspricht, und ob Sie nach dieser Aufklärung die Beamten zurückziehen wollen.

Der Präsident: Der Kommissar handelt in meinem Auftrag. Wir ist bekannt, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelt. Ich will die Beamten nicht zurückziehen.

Weims: Es ist Ihnen sicher auch bekannt, daß in Breslau bereits ein ganz ähnliches Vorgehen der Polizei das Gericht beschäftigt hat und daß das Gericht das Verhalten der Polizei als ungesetzlich bezeichnet hat.

Der Präsident: Diese Tatsachen sind mir bekannt, ändern aber nichts an meinen Entschlüssen.

Weims: Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß wir den Rechtsweg beschreiten müssen.

Präsident: Tun Sie, was das Gesetz Ihnen gestattet.

Nachdem die Versammlung von dem Inhalte dieser Unterredung Kenntnis erhalten, wurde sie unter stürmischem Beifall geschlossen. Mitgeteilt wurde nur noch, daß sofort telegraphisch Beschwerde beim Minister des Innern erhoben wurde.

Diese Beschwerde ist noch am Abend abgesandt worden und lautet wie folgt:

Ministerium des Innern, Berlin.

Im Auftrage des Polizeipräsidenten erschienen in heutiger Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg, zu welcher nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs Zutritt hatten, zwei Polizeibeamte zur Überwachung. Eine sofortige persönliche Beschwerde beim Polizeipräsidenten hatte keinen Erfolg. Mit Rücksicht auf die bei Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstag abgegebene Erklärung des Staatssekretärs des Innern, wonach Mitgliederversammlungen politischer Vereine nicht überwacht werden sollen, ersuchen wir, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, seine ungesetzliche Anweisung zurückzuziehen und unsre Mitgliederversammlungen in Zukunft nicht überwachen zu lassen.

Zur Erweiterung unsrer Leser, aber auch zur Kennzeichnung der Absichten der Polizei wird es dienen, wenn wir mitteilen, daß in einem dem „Sachsenhof“ benachbarten Restaurant ein Polizeiaufgebot von zwei Kommissaren und 28 Schutzleuten stationiert war, um unter Umständen „helfend einzugreifen“.

Soweit die tatsächlichen Vorkommnisse, die doch einige kritische Bemerkungen schon heute erfordern, bevor das Beschwerde- und Klageverfahren seinen Gang nimmt.

Infolge der vielen Angriffe, die, aus der Polizeipraxis geschöpft, gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes auch im Reichstag erhoben waren, sah sich der Staatssekretär des Innern genötigt, in der Kommission folgende Erklärung zu Protokoll zu geben (Vergleiche Kommissionsbericht Seite 55):

Die Ausführungen der Begründung Seite 80 (wonach unter Umständen auch Vereinsversammlungen als öffentliche anzusehen wären) sei kein Avis au lecteur (Hinweis für den Leser). Wenn dort gesagt sei, daß eine äußerlich in den Formen einer Vereinsversammlung sich abspielende Versammlung dennoch eine öffentliche sein könne, so habe damit die Polizei keineswegs darauf hingewiesen werden sollen, daß sie auf Umwegen Vereinsversammlungen den von dem Entwurf für öffentliche Versammlungen gegebenen Vorschriften unterstelle. Es werde damit in Anlehnung an höchstgerichtliche Entscheidungen nur gesagt, daß Fälle möglich seien, in denen eine als Vereinsversammlung veranstaltete Versammlung zu einer öffentlichen werden könne.

Zu unserm Falle handelt es sich also ganz offensichtlich um den Versuch des Magdeburger Polizeipräsidenten, „auf Umwegen“ das zu erreichen, was der Staatssekretär als der Absicht des Gesetzes und der Regierung widersprechend bezeichnet hat. Die „höchstgerichtliche Entscheidung“ des Reichsgerichts, die nach auf Grund der alten Gesetzesbestimmungen ergangen ist und Versammlungen solcher Vereine als unter Umständen öffentlich erklärt, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen.

Da der Breslauer Wienko sich bei seinem Vorgehen auf dieses Urteil stützt, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch der Magdeburger Lambsdorff dieses Urteil, das, wie gesagt, aus der Zeit vor dem Reichsvereinsgesetz stammt, als Grundlage seines „Einschreitens“ nehmen will, um eine neue gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Daß aber alle die Ausführungen des Reichsgerichtsurteils auf den Sozialdemokratischen Verein nicht zutreffen, ist ohne weiteres klar. Denn erstens ist die Stadt Magdeburg kein besonders „räumlich ausgedehntes Gebiet“, zweitens ist die Zahl der Mitglieder (4500) keine so große, drittens sind Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft nicht an so „geringe Voraussetzungen“ geknüpft, daß diese Momente die Auslegung „auf Umwegen“ auch nur im geringsten rechtfertigen. Ganz abgesehen davon, daß wohl kein Personenkreis ein ungeringeres Bindemittel aufweisen kann, als es die gemeinsame sozialistische Weltanschauung und der gemeinsame Wille zum Kampfe gegen den kapitalistischen Klassenstaat darstellt.

Der Polizeipräsident befindet sich also nicht nur auf Umwegen, sondern auch auf Irrwegen! Im übrigen aber möchten wir an ihn die Anfrage richten, ob ihm nicht die nachfolgenden Sätze — die nicht unter Feder entfallen — bekannt sind:

Das Reichsvereinsgesetz bezweckt neben der Schaffung einheitlicher Bestimmungen für das ganze Reichsgebiet vor allem auch die Befreiung des den Reichsangehörigen in den meisten deutschen Bundesstaaten schon bisher verfassungsmäßig zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts von allen unnötigen Beschränkungen. In diesem Sinne muß das Gesetz auch ausgeführt werden. Es darf deshalb, auch soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen und Versammlungen Raum läßt, ein solches doch niemals in kleinlicher und unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist, und nur in dem zur Erreichung dieses Zweckes gebotenem Umfange.

Auch auf Umwegen soll das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht der Reichsangehörigen durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden. Gerade nach dieser Richtung sind bei den Verhandlungen über den Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes lebhaftest Klagen über mißbräuchliche Anwendung erhoben worden.

Wir fragen: Sind dem Polizeipräsidenten diese Sätze bekannt? Und wenn ja: Wie will er seine dem klaren Wortlaute des neuen Gesetzes widersprechende Anweisung an die Polizeibeamten rechtfertigen?

Für unsre Genossen ergibt sich aus den Erfahrungen vom Dienstag abend aber aufs neue die Lehre, daß kein noch so „liberales“ Gesetz sie vor Eingriffen und Übergriffen schützt, sondern daß sie nur auf eigene Beobachtung und eigene Agitation sich verlassen dürfen. Insofern wird die Maßnahme des Polizeipräsidenten allerdings eine Wirkung haben, die er keineswegs beabsichtigt hat.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. August 1908.

Die Stimme des Weltgewissens.

Lange hat man in einem großen Teil der deutschen und der englischen Presse viel von einem bevorstehenden gewalttätigen Zusammenstoß der beiden Mächte gelesen. Seit ein paar Wochen ist aber nur noch von Friede, Beruhigung und Verjöhnung die Rede.

Daß wir in den Tagen der englischen Spionensucht und der Kaiserrede vom eingefreisten Germanen unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges gestanden hätten, hat kein Einsichtiger geglaubt, denn trotz der beiderseitigen Aufregung fehlte dem einen sowohl wie dem andern zum Losschlagen selbst der Schein eines vernünftigen Anlasses. Kriege können aber heutzutage nicht mehr so ohne weiteres vom Zaune gebrochen werden, sondern sie bedürfen einer vorausgehenden Bearbeitung der Volksstimme, wie sie nur dort möglich ist, wo ein konkreter Streitgegenstand vorhanden ist, an dem sich die Leidenschaften entzünden können.

War also der Lärm des Juli kein Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Krieges, so darf der sanfte Ton des August ebensowenig als die Ankündigung eines goldenen Zeitalters gelten, in dem Lamm und Wolf friedlich nebeneinander weiden werden. Ja ganz im Gegenteil, für die Tatsache, daß zwischen Deutschland und England eine starke Spannung besteht, die zwar keineswegs von heute auf morgen zum Kriege führt, aber doch eine ständige Gefahr für die Ruhe Europas bedeutet, sind die eifrigen Friedensbestrebungen von heute vielleicht noch beweiskräftiger als das nervöse Kriegesgeschrei von gestern. Es kann kein blinder Feuerlärm sein, der so viele ernste und unterrichtete Männer an die Sprihe eilen läßt.

Dabei ist es auffällig, daß alle Unternehmungen, die auf eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen gerichtet sind, von London ausgehen. Die Friedensreden, die von Mitgliedern des Liberalen englischen Ministeriums, namentlich von Winston Churchill und Lloyd George, in den letzten Tagen gehalten worden sind, haben auf deutscher Seite bisher keine Erwiderung gefunden. Die deutschen Minister befinden sich in der Sommerfrische. Auch entspricht es nicht ihren junkerlichen Gewohnheiten, sich über die Fragen der großen Politik in Arbeiterversammlungen auszusprechen, wie es neulich der Enkel des Herzogs von Marlborough, der Sohn des berühmten Lord Randolph Churchill, in Swansea getan hat. Höchstens läßt man sich dazu herab, einen Schreiber von der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ zu empfangen und von ihm als Echo von Churchills Rede die geistvolle These verkündigen zu lassen, „die englische und die deutsche Kriegesflotte hätten Vesperes zu tun als sich gegenseitig Seeschlachten zu liefern“. Solche, gelinde gesagt, naive Bemerkungen können drüber keinen Eindruck machen, denn schließlich weiß doch ein jeder Mensch, daß nickelstahlgepanzerte, kanonengepuderte Leviathane nicht zum Heringsfang bestimmt sind.

Nun wird der englische Reichsschatzmeister Lloyd George in der nächsten Zeit Berlin besuchen, nicht um formelle Verhandlungen anzuknüpfen, sondern um sich über die Möglichkeit späterer Verhandlungen zu orientieren, deren Zweck eine Verständigung über die Herabsetzung der beiderseitigen Rüstungskosten ist. Den Minister Lloyd George treibt ernste Sorge über das Meer. Die Altersversorgung, die von der liberalen Regierung eingeführt worden ist, verhängt große Summen. Weitere Reformen im Interesse der Arbeiter werden sich infolge des jetzten Druckes, den die Arbeiterklasse auf die Parteien ausübt, nicht vermeiden lassen. Selbst dem reichen England ist die Finanznot ein drohendes Gespenst, und das Bedürfnis nach neuen Einnahmen liefert der konservativen, chauvinistischen und schutzöllnerischen Opposition neue Waffen.

Wenn also der englische Schatzmeister als ein von Sorgen geplagter, auf Sparen bedachter und darum äußerst friedliebender Mann nach Deutschland kommt, so sollte er — man möchte es wenigstens hoffen — in Herrn Sydow ein mitfühlendes Herz finden. So rechnet offenbar auch Lloyd George. Doch welche Enttäuschung wartet seiner! Unser Reichsschatzmeister Sydow ist ein braver und fleißiger ostelbischer Bureaubeamter, der vermutlich noch keinen Augenblick seines Lebens über die Fragen der großen Politik nachgedacht hat, sondern dessen ganze Aufgabe es ist, die für Heer und Flotte geforderten Summen, sei es woher immer, herbeizuschaffen. Der englische Minister kommt in das Land des Rannitverstan, und wenn er auch Lektionen im Deutschen nimmt, so wird er sich mit seinen regierenden Kollegen an der Spree doch niemals verständigen lernen.

weil er doch nie, wenn er auch Deutsch spricht, lernen wird, preussisch zu denken.

Wenn nun die forcierten Bemühungen der liberalen englischen Regierung, eine Verständigung mit Deutschland zu erzielen, an der Verständnislosigkeit der maßgebenden deutschen Stellen scheitern sollten, so werden die Gegner Deutschlands in England erst recht gewonnenes Spiel haben. Sie werden dann sagen, daß selbst ein an Demütigung grenzendes Entgegenkommen nicht imstande sei, ein besseres Einvernehmen zwischen zwei so grundverschieden gearteten Staatswesen herbeizuführen, als das Unvermeidliche mit fester Hand vorzubereiten.

In einer solchen kritischen Situation — und niemand weiß, wie weit wir noch von ihr entfernt sind — gibt es nur eine Möglichkeit, den Frieden zu sichern: die gemeinsame proletarische Aktion. Obwohl die englischen Proletarier gleichberechtigte Bürger eines freien Staatswesens, die preussisch-deutschen aber vorerst noch Knechte des Militärabsolutismus und der Dreiklassenmacht sind, sind sie beide als die Ausgebeuteten des Kapitalismus, als Klassengenossen miteinander verbunden. Sie werden sich nicht nur gegenseitig verstehen, sondern — so hoffen wir — in der entscheidenden Stunde so deutlich zu reden wissen, daß sich keine Macht der Welt vor dieser Stimme des Weltgewissens verschließen kann.

Witwen- und Waisenversicherung.

Am 1. Januar 1910 soll die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten. Wir bezweifeln das und werden in diesem Zweifel bestärkt durch eine Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“, die dahin geht, daß die Vorlegung des Gesetzes zum 1. Januar 1909 nicht zu erwarten sei. Es steht noch nicht im mindesten fest, wann der Entwurf fertiggestellt werden kann, noch viel weniger, wann er dem Bundesrat und dem Reichstag zugehen wird. Daraus folgt, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes erst recht im dunkeln liegt.

Soll das Gesetz 1910 in Kraft treten, dann muß es in dem in diesem Herbst beginnenden Tagungsabschnitt des Reichstags vorgelegt und verabschiedet werden. Daran scheint man in der Tat nicht zu denken, und das ist schließlich auch erklärlich. Die für diese Versicherung zurückgelegten Summen könnte das Reich recht gut für andre, nicht kulturelle Zwecke gebrauchen. Außerdem faßt die besitzende Klasse diese Versicherung als eine neue Belastung auf. Dazu kommt, daß die Städte nicht darauf eingehen wollen, die städtischen indirekten Steuern auf Lebensmittel ab 1. Januar 1910 in Wegfall kommen zu lassen.

Man wird sonach keineswegs um Gründe verlegen sein, die eine hinausgezögerte des fraglichen Gesetzes rechtfertigen sollen. Handelt es sich um Heeres- und Flottenvorlagen, dann haben Regierung und Reichstag es fürchtbar eilig; hier aber, wo es sich um die Armeen der Armen, um die Witwen und Waisen der Arbeiter handelt, preist die Sache nicht.

Geplant sein kann man auf die Haltung der Zentrumskräfte, die wegen der Lebensmittelverteilung ihr Gewissen damit salbieren, daß ein Teil des Volktraubes zu dem gedachten Zwecke Verwendung finden sollte. Im letzten Wahlkampf haben die bürgerlichen Parteien ganz besonders auf diese Versicherung hingewiesen, und nunmehr soll die Sache auf die lange Bank geschoben werden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden nicht verfehlen, Regierung und bürgerliche Parteien in der nachdrücklichsten Weise an die Erfüllung ihres Versprechens zu erinnern.

Wir wollen keine Preußen sein!

Zu dieser betäubenden, schon von Fernweg vorausgeahnten Erkenntnis kommt Herr Emil Zimmermann, der der „Deutschen Tageszeitung“ aus Kapstadt schreibt:

„Sehen wir uns doch keiner Täuschung hin: wir sind den afrikanischen Schwarzen das verhasste Volk!“, jagte mir vor wenigen Tagen hier einer der angesehensten, aber auch vorzüglichsten Vertreter des hiesigen Deutschiums, und als ich hinzusetzte: „Sie sind wohl nicht nur bei den Schwarzen, sondern bei allen Nationen hier verhasst und dürfen auf keinerlei Gegenliebe rechnen“, nickte der Herr verständnisvoll. Damals wußte ich noch nichts davon, daß Herr Zimmermann, der Premierminister, als er in einer Volksversammlung zu der mit Ehren nicht bestellten Galerie hinaufstieg: ... Oder wollen Sie vielleicht unter der Herrschaft des deutschen Kaisers leben?“, härmliche Entwürfungen und Gebungen entließte hatte.

Daß deutsche Weltpolitik in nichts andern besteht, als in der Aunnt, sich ohne Nutzen in fünf Erdteilen unbesiegt zu machen, ist längst kein Geheimnis. Aber einigermassen erlaucht werden die Leier des Agrarierkhaltes doch gewesen sein, zu erfahren, wie gering im Auslande die Zahl nach den preussischen Regierungsmethoden ist. Hier es doch sonst immer, das Ausland bewunderte unsere Einrichtungen, zumal das geniale preussische Dreiklassenwahlgesetz!

Landtagswahlen in Oldenburg.

Am 13. Oktober finden in Oldenburg die Landtagswahlen statt. Zum letztenmal erfolgen sie nach dem alten Wahlgesetz, wonach die Abgeordneten aus indirekten, allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehen. Auf je 10 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Der letzte Landtag zählte 40 Abgeordnete, von denen 32 im Herzogtum Oldenburg, 4 im Fürstentum Lüneburg und 4 im Fürstentum Verden gewählt wurden. In den neuen Landtag wird das Herzogtum drei Abgeordnete mehr entsenden, die sich auf Rühringen, Delmenhorst und das Rümmlerland verteilen werden.

Bei der letzten Wahl im Jahre 1905 wurden im Herzogtum insgesamt 10 167 Stimmen abgegeben, von denen auf unsere Parteigruppen 4894, auf die bürgerlichen 5262 Stimmen entfielen. Obwohl kein großer Unterschied in den abge-

gebenen Stimmen besteht, entfielen auf die bürgerlichen Stimmen 28, auf die sozialdemokratischen vier Mandate. Ihren alten Bestand wird die Sozialdemokratie bei den diesmaligen Wahlen zu erhalten wissen. Ein heißer Kampf wird sich vor allem diesmal in Delmenhorst abspielen, wo sechs Abgeordnete zu wählen sind. 1905 haben dort von etwa 2100 Wahlberechtigten 1798, das sind 86 Prozent, ihre Stimme abgegeben und mit einem Plus von 152 Stimmen konnten die Bürgerlichen den Sieg an sich reißen.

Der Vorstand der Landesorganisation hat bereits einen Wahlauftrag erlassen, der auf die Vorlagen, die den neuen Landtag beschäftigen werden, hinweist und die Genossen im Lande zu reger Agitation ermuntert. Im Wahlbezirk Rühringen sind auch die Kandidaten nominiert. Neben den früheren Abgeordneten Hug und Schulz (Walt) und Heitmann (Oldenburg) wurde Genosse Julius Meyer (Walt), der dortige Verwaltungsbeamte des Metallarbeiterverbandes, aufgestellt.

Auch im bürgerlichen Lager ist es lebendig geworden, hier und dort sind schon Wahlmänner aufgestellt, und in der Presse wird vor einer schwarzroten Verbrüderung gruselig gemacht. Sie glauben diese Verbrüderung aus der Stellung unserer Presse zur Affäre des Geheimen Oberregierungsrats Dräger herzuleiten, der von dem Minister Willich auch aus Gründen seiner katholischen Konfession bei der Beförderung zum Regierungspräsidenten in Eutin übergangen wurde. Diese Haltung der sogenannten liberalen Presse zeigt nur, daß für die Liberalen die staatsbürgerliche Gleichheit ein leerer Wahn ist.

Der neue Landtag hat große Aufgaben von einschneidender Bedeutung zu lösen. Zunächst ist es die Reform des Wahlrechts zum Landtag, die nochmals heftige Kämpfe hervorrufen wird. Der letzte Landtag hat zwar die allgemeine, gleiche und direkte Wahl angenommen, aber die Regierung macht diese Verbesserung von der fünfjährigen Wahlperiode, der Festlegung der Wahlkreise und von einem zehnjährigen Wohnsitz der Wähler im Großherzogtum abhängig. Auch die Einführung der Wahlpflicht, für die sich der alte Landtag aussprach, findet noch viele Gegner; die Regierung hat sich darüber noch nicht ausgelassen.

Das neue Schulgesetz wird gleichfalls lebhaft umstritten werden. Es soll sich die Reform desselben auf Vergrößerung der Schulverbände, Trennung der Fachschulaufsicht von der Ortschulaufsicht, Herabsetzung der Schülerzahl und gesetzliche Regelung des Fortbildungsschulwesens erstrecken; im weiteren soll die Schule auf die politische Gemeinde übertragen werden. Hier ist man leider geneigt, dem katholischen Süden eine Ausnahme einzuräumen, während sonst die Ausschaltung der Geistlichen von der Schulaufsicht auf Annahme rechnen dürfte. Von einer Einheitschule, wie sie unsere Genossen verlangen, will man nichts wissen. Die Reform des Brandkassengesetzes, Einführung von Wohnungsgeldzuschüssen für die Staatsbeamten und vor allem eine Neuordnung des Kommunalabgabensystems stehen im Vordergrund bei der kommenden Wahltagung.

Ein Admiral unter Sozialisten.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ schreibt: Im sozialistischen „Clarion“ nimmt gar ein leibhaftiger englischer Admiral das Wort, Sir Christian Bridge, um zu betonen, daß eine Kriegsgesfahr nicht vorliege, da die englische Flotte der deutschen auf absehbare Zeit ganz unerschwinglich überlegen sei. ... Daß ein Admiral dort drüben an Genossenblättern mitarbeitet, ist immerhin bemerkenswert. Man denke sich Tirpitz bei der „Neuen Zeit“ oder v. D. Golz beim „Wahren Jacob“!

Die „Tägliche Rundschau“ wird jetzt endlich einsehen, daß es ganz überflüssig ist, eine deutsche Flotte gegen England zu bauen. England geht ja ohnehin unter!

Deutschland.

Die Geheimmittelfeuer. Je näher die Finanzreform kommt, desto mehr häufen sich die Steuerentwürfe, die letzten erbeiten und meist recht phantastisch. Nur der Vollständigkeit halber wollen wir mitteilen, daß ein Reichstagsabgeordneter in der antimilitarischen „Staatsbürger-Zeitung“ eine Geheimmittelfeuer vorschlägt. Warum nicht ganz allgemein: eine Steuer auf die Dummheit? Dann würden doch auch die Antimilitaristen mit ihrem Steuerprojektmacher mit zur Steuer herangezogen.

Im Zeichen des Verkehrs. Die hannoversche Handelskammer hatte beim Reichspostamt die Herausgabe einer Dreipennigpostkarte für den Luftverkehr angetragen. Das Reichspostamt hat einen ablehnenden Bescheid erteilt mit der Begründung, daß man die vorhandenen Verkehrszeichen nicht noch vermehren könne. Der wahre Grund ist das natürliche, denn das Reichspostamt hält lediglich im natürlichen Interesse an der Postmonopolstellung. Von einer Beschiligung im Luftverkehr befreit man eine finanzielle Einbuße und die Reichspostverwaltung sieht als ihre Hauptaufgabe nicht die Förderung des Verkehrs, sondern die Risikohäufung an.

Stoffkrieg mit Portugal. Das portugiesische Parlament beschloß einen Zollzuschlag von 100 Prozent für Waren, die aus Ländern kommen, in denen portugiesische Waren umgünstiger als Waren anderer Herkunft behandelt werden. Man denkt damit namentlich auf Deutschland und England einen Druck ausüben zu können. Unsere Ausfuhr nach Portugal beträgt sich auf 32 Millionen Mark, unsere Einfuhr von dort auf 18 Millionen Mark. Deutschland wäre in diesem Falle der leidende Teil.

Russische Desertion. Von dem russischen Kreuzer „Almaz“, der erst kürzlich nach Estland brachte, sind einige Kanonen desertiert. Wie sich das von selbst versteht, ist die preussische Flotte eifrig bemüht, die russischen Kanonen zu jagen und sie den Schergen „Sätersens“ zu übermitteln.

Franken auf deutschen Universitäten. Einem Berliner Zeitungsmanuskript zufolge ist die Frage der Zulassung der Franken zum Universitätsstudium dahin geregelt, daß die Bewerber für die Studienarbeiten auf den Landesuniversitäten im wesentlichen auf die Reichslanduniversitäten Anwendung finden, wogegen die Ausländerstudien in allen Fällen zur Zulassung der Bewerberung des Reichs gehören.

Der Reichstag ist schon bestimmt. Der stellvertretende Vorsitzende des Reichstags, Dr. Bahrfeldt, ist von Seiten der Regierung ernannt worden, ob er gegebenenfalls die Bürgermeisterversammlung von Berlin ausführen würde. Wahrscheinlich wird die Reichstagswahl wieder demüht.

Die Organisation der Parlaments-Szenographen ist unter dem Namen: Verein deutscher Kammer-Szenographen, nunmehr perfekt geworden. Vorsitzender ist der stellvertretende Vorsitzende des Szenographischen Bureaus des Herrenhauses Rudolf Drewe. Der Verein wird sich im wesentlichen mit Verfass- und Ständestragen, zu denen auch die Honorarfürsorge für die Aufnahme szenographischer Arbeiten sowie die Lieferungsbedingungen gehören, zu befassen haben und schließlich wohl auch eine Art Ehrendienstsgericht aus seiner Mitte für Verfass- und Ständestragen bilden.

Ein geborstene Ordnungsfährte. Der Direktor Beder von der Solinger Bank, ein Mann der sonst recht staatsreu war, ist wegen großer Unterschlagungen verhaftet worden. Dieser Staatsstreuer Mann allein hat mehr unterschlagen, als die ganze Liste der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Sünder zusammengenommen, die der Reichstagsverband jüngst veröffentlicht hat.

Aus dem herrlichen Reichsheer. Das Kriegsgericht der 12. Division in Reife verurteilte den Landwirt Joseph Kopp zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Kopp war als Rekrut beim 2. Ulanen-Regiment zu einer Uebung eingezogen, hatte einen Sergeanten bedroht und ihm die Nase blutig geschlagen. — Dasselbe Gericht verurteilte den Musikleiter Johann Kaffenat vom 23. Infanterie-Regiment zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis, weil er einen Unteroffizier ins Gesicht geschlagen hatte.

Aus der Parteibewegung.

Aus dem Kassensbericht des Parteivorstandes. Die Einnahmen der Partei waren im verflohenen Jahre etwas geringer als im Vorjahr, eine Erscheinung, die auf den Umstand zurückzuführen ist, daß im vorigen Jahre, dem Wahljahr 1906/07, der Parteikasse Mittel zugingen, die in ruhigen Zeiten nicht geleistet werden. Dennoch sind in diesem Jahre die Einnahmen höher gewesen als die Ausgaben, im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, die Zuschüsse aus dem Parteibüro erforderten. Den Einnahmen 1907/08 von insgesamt 855 272,09 Mark stehen 783 958,13 Mark Ausgaben gegenüber. Nach dem detaillierten Bericht, den wir übrigens zum Abdruck bringen, spezifizieren sich die Ausgaben wie folgt: Allgemeine Agitation (einschließlich Bildungsausgaben) 211 762,36 Mark, Wahltagung 17 260 Mark, Unterhaltungs- 9500,04 Mark, Prozeß- und Gefängnislohn 8478,64 Mark, Parteischule 58 430,10 Mark, Gehalts- und Verwaltungsausgaben 28 070,02 Mark, Darlehnskonto 223 701,43 Mark, Presseunterstützungen 126 241,33 Mark, Parteikorrespondenz 29 714,59 Mark, Archiv 4520 Mark, Vermischte Ausgaben 65 878,95 Mark (einschließlich 60 000 Mark Darlehnsrückzahlung).

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmer für einen Streik. Der Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe gab folgende Erklärung ab: „Da sich die Firma Grove zu Jena fortgesetzt weigert, den Beschäftigten der dortigen Schlichtungskommission sowie den vertraglichen Bedingungen nachzukommen, wird dieselbe hiermit auf Antrag des Bezirksverbandes Jena aus dem Arbeiterschutzbund ausgeschlossen. Der inzwischen ausgebrochene Streik wird als berechtigt erklärt, unsere Mitglieder haben demnach das Recht, die streikenden Arbeiter der Firma Grove einzustellen.“

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen. Die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnete Kunze (Berlin), der nicht mit dem Vorstand mit dem Arbeiterschutzbund abgeschlossenen Arbeitsvertrag einverstanden ist. Schumacher (Stuttgart) hat es frapziert, daß Stühmer jagen mußte, wir konnten kein Geld aufbringen. Den Holzarbeitern hätten bei ihrem letzten Kampfe von den Buchdruckern allein 500 000 Mark zur Verfügung gestanden. Da hätte es dem Vorstand doch auch gelingen müssen, Geld zu beschaffen. Der Vorstand hätte in Stuttgart von einem Siege erzählt, während der Friedensschluß mehr einer Niederlage gleiche. An der Debatte beteiligten sich Schädlich, Walter, Schurr, Stahl, Brennecke, Fußs, Plettl, Wülfger, Meier, Krüger, Lohm, Pfeiffer und Pöfner. Mirus (Berlin), zweiter Vorsitzender des Verbandes: Wir haben uns nicht bedingungslos dem Arbeitgeberverband unterworfen. Wir setzten durch, daß die Tarifverträge am Orte gerettet wurden. Wenn einzelne Filialen dabei nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, dann liegt es nicht am Friedensschluß, sondern daran, daß an diesen Orten die Organisation sehr schwach ist. Und dafür ist Bonn ein Beispiel. Es wird gesagt, es wären keine so günstigen Lohnbestimmungen durchgedrückt worden, wenn die Arbeit sofort aufgenommen worden wäre. Das befreite ich. Der ganze Protest hätte in Form von Geldleistungen werden sollen, die unter Kollegen üblich ist. Der eigentliche Feind, die Unternehmer, sind bei diesem Protest aus der Schußlinie gekommen, und das hätte vermieden werden können. Die Kollegen hätten auch berücksichtigt werden müssen, daß man keinen großen Kampf führen kann, wenn die Mittel fehlen. Es gibt Momente, in denen nicht das Gefühl, sondern die Vernunft zu entscheiden hat. Wenn Sie uns mehr Mittel zur Verfügung stellen, dann werden wir bei Kampfen die Taktik zu einschlagen, wie Sie es wünschen. Dann geht Stühmer (Berlin) ausführlich auf die gegen den Vorstand erhobenen Vorwürfe ein. Er hebt hervor, daß der Vorstand des Arbeiterschutzbundes über den Friedensschluß unrichtige Mitteilungen verbreitet habe. Diese Nachrichten hätten zur Aufregung der Kollegen mit beigetragen. Stühmer betont, daß er sich nicht vom Verbandstag in Form der eingebrachten Resolution eine Ohrfeige verjehen lassen könne. Es wäre ihm dadurch in Zukunft unmöglich, mit dem Arbeiterschutzbund wieder in Unterhandlungen zu treten. Er wolle damit keine Drohung aussprechen, sondern nur eine Grenze festlegen, wo sich eventuell die Wege trennen müssen. Es sei dem Vorstand nicht möglich gewesen, größere Geldmittel aufzubringen, auch hätte der Verband in absehbarer Zeit größere Darlehen gar nicht zurückbezahlen können. Man dürfe daher nicht einfach sagen, der Vorstand hätte Geld herbeischaffen müssen. — Der Vorwurf, die Ortsverbände seien vom Vorstand nicht genügend informiert worden, könne durch die vorhandenen Belege widerlegt werden. Der ganze Verrger der Kollegen komme daher, daß mit dem Arbeiterschutzbund in einer für uns günstigen Zeit keine größere Schlappe hebringen konnten. Es sei dem Vorstand bei den geringen Beiträgen nicht möglich, jedes Jahr 105 Lohnbewegungen durchzuführen. Das müßten die Kollegen berücksichtigen.

In der weiteren ausgedehnten Debatte werden neue Gesichtspunkte nicht vorgetragen. Einzelne Delegierte wenden sich scharf gegen die Abmachungen mit dem Arbeiterschutzbund, andre berühren und billigen die Haltung des Vorstandes. Angenommen wird zunächst die Resolution:

Nach Kenntnisnahme des Geschäftsberichts des Vorstandes und nach Darlegung der in Betracht kommenden Verhältnisse während des Kampfes im Jahre 1907, erkennt der Verbandstag an, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Der Verbandstag spricht jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft derartig weitgehende Abschlässe nur nach vorausgegangenem Zustimmung des Beirats eingegangen werden.

Mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wurde die Resolution, die besagt, der Verbandstag ist mit der Haltung des Vorstandes nicht einverstanden.

In der nun weiteren Diskussion werden hauptsächlich Wünsche bezüglich der Presse vorgetragen. Kaminig (Berlin) beschwor einen Antrag von Frankfurt a. M., die Fachzeitung auszubauen und spricht für die Veränderung des Zeitungstypes. Sabath (Berlin) erklärt, daß er die Proletarierbildungsberichte im Einverständnis mit dem Vorstand in der Fachzeitung aufgenommen habe. Durch die Aufnahme dieser Berichte sei den proletarischen Kollegen der Boden abgegraben worden, sagen zu können, die Meinung der Kollegen werde unterdrückt. Den Wünschen auf weitere Ausbaue der Fachorgane soll nach Möglichkeit

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 194.

Magdeburg, Donnerstag den 20. August 1908.

19. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes.

II.

Organisation.

Infolge des wirtschaftlichen Niederganges ist begreiflicherweise auch die Entwicklung unserer Parteioorganisation gehemmt worden. Vier Agitationsbezirke erlitten sogar einen Mitgliederverlust, alle anderen Bezirke haben jedoch Mitgliedererwerbungen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgender Mitgliederstand:

| | | |
|------|----------------|---------|
| 1907 | Mitgliederzahl | 530 466 |
| 1908 | Mitgliederzahl | 587 336 |

Zunahme 56 870

Das ist eine Zunahme von 10,7 Prozent gegen 38,0 Prozent im Vorjahre. Im Vergleich zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 13,0 Prozent, während im vorigen Jahre das Verhältnis 16,4 Prozent betrug.

Der Ausbau der Organisation hat im vergangenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht; es ist uns auch gelungen, in Wahlkreise einzudringen, in denen wir bisher noch nicht haben konnten. Die Zahl der Wahlkreise, in denen wir bisher Vertrauensmänner, aber keine Parteioorganisationen hatten, beträgt 31; im vorigen Jahre waren es 46. In 12 Wahlkreisen hat die Partei noch keine organisatorischen Beziehungen.

Ueber die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Agitationsbezirken gibt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Die Mitglieder der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands (P. P. S.) sind bei der tabellarischen Aufstellung nicht berücksichtigt. Nach Angaben der Leitung der P. P. S. beträgt die Mitgliederzahl 1290, wovon 821 auf Oberschlesien entfallen.

| Agitationsbezirke | Zahl der Wahlkreise | Zahl der Parteimitglieder | Mitgliederzahl der Parteiorganisation | | Verhältnis der Mitgliederzahl zu der im Reichstagswahlkreise im vorigen Jahre | Zahl der Parteimitglieder, die nicht in der Parteioorganisation sind | |
|--------------------------|---------------------|---------------------------|---------------------------------------|--------|---|--|----|
| | | | 1907 | 1908 | | | |
| Ostpreußen | 17 | 17 | 6 | 3951 | 3573 | 7,9 | 1 |
| Westpreußen | 13 | 10 | 7 | 916 | 1185 | 5,9 | 1 |
| Groß-Berlin | 8 | 8 | 75 | 78364 | 86429 | 20,9 | 2 |
| Brandenburg | 18 | 16 | 134 | 17312 | 18754 | 14,4 | 1 |
| Pommern | 14 | 14 | 78 | 5997 | 6723 | 11,1 | 1 |
| Polen | 15 | 11 | 12 | 251 | 463 | 7,1 | — |
| Schlesien (Breslau) | 15 | 9 | 48 | 10013 | 10334 | 16,0 | 1 |
| (Görlitz) | 7 | 7 | 25 | 4005 | 4738 | 11,8 | 1 |
| (Oberlangenbielau) | 7 | 5 | 30 | 5434 | 6117 | 13,3 | 1 |
| (Kattowitz) | 6 | 4 | 7 | 598 | 601 | 3,9 | 1 |
| Prov. Sachf. (Magdeb.) | 8 | 8 | 80 | 11737 | 11430 | 12,1 | 1 |
| (Galle a. S.) | 8 | 8 | 91 | 11442 | 12397 | 14,8 | 1 |
| (Erfurt) | 4 | 4 | 21 | 3926 | 3637 | 12,4 | 1 |
| Schleswig-Holstein | 10 | 10 | 84 | 28152 | 29666 | 26,1 | 1 |
| Hannover | 12 | 12 | 97 | 18692 | 22229 | 21,9 | 1 |
| Sachsen (Bielefeld) | 12 | 8 | 40 | 5442 | 6536 | 17,2 | 1 |
| (Dortmund) | 5 | 4 | 193 | 13412 | 17678 | 17,6 | 1 |
| Rheinprovinz (Köln) | 19 | 14 | 22 | 8140 | 8537 | 14,3 | 1 |
| (Elsfeld) | 15 | 15 | 76 | 22591 | 23989 | 11,3 | 1 |
| Saargebiet | 3 | 2 | 5 | 224 | 370 | 5,1 | — |
| Hess.-Nassau (Frankfurt) | 12 | 12 | 134 | 12941 | 14452 | 15,8 | 1 |
| (Kassel) | 6 | 6 | 48 | 3273 | 3617 | 11,0 | 1 |
| Nordbayern | 20 | 20 | 167 | 23653 | 27528 | 26,0 | 2 |
| Südbayern | 20 | 20 | 51 | 10300 | 13545 | 16,0 | 1 |
| Wfalz | 6 | 6 | 92 | 8612 | 8385 | 17,8 | 1 |
| Sachsen (Dresden) | 9 | 9 | 105 | 29308 | 31112 | 21,0 | — |
| (Chemnitz) | 7 | 7 | 150 | 17887 | 19554 | 15,7 | 1 |
| (Leipzig) | 4 | 4 | 99 | 26760 | 29707 | 32,8 | — |
| (Zwickau) | 3 | 3 | 24 | 6325 | 6510 | 11,5 | 1 |
| Württemberg | 18 | 18 | 243 | 16308 | 18751 | 16,1 | 1 |
| Baden | 14 | 14 | 161 | 13964 | 13243 | 14,1 | — |
| Hessen | 9 | 9 | 206 | 17422 | 17718 | 23,0 | 1 |
| Wiedenburg | 7 | 7 | 31 | — | 4702 | 9,3 | 1 |
| Thüringen (Weimar) | 5 | 5 | 72 | 5335 | 6757 | 17,9 | 1 |
| (Jena) | 3 | 3 | 60 | 6508 | 6904 | 23,8 | — |
| Sachsen-Altenburg | 1 | 1 | 36 | 4277 | 4318 | 22,6 | 1 |
| Ruburg-Gotha | 1 | 1 | 44 | 2240 | 2282 | 14,1 | — |
| Odenburg | 5 | 5 | 52 | 5764 | 6769 | 24,4 | — |
| Braunschweig | 3 | 3 | 42 | 5809 | 6650 | 17,8 | 1 |
| Sachsen-Meiningen | 2 | 2 | 49 | 2940 | 3415 | 19,0 | — |
| Anhalt | 2 | 2 | 15 | 3730 | 5470 | 19,7 | — |
| Hamburg | 3 | 3 | 24 | 32551 | 34951 | 30,9 | 2 |
| Bremen | 5 | 5 | 28 | 17179 | 19030 | 30,2 | — |
| Lübeck | 1 | 1 | 2 | 3100 | 3260 | 28,1 | 1 |
| Elb-Lothringen | 15 | 14 | 54 | 3181 | 3311 | 4,0 | 1 |
| Zusammen | 397 | 366 | 3120 | 530466 | 587336 | 18,0 | 37 |

In der Tabelle sind in die Mitgliederzahl der Parteioorganisation die weiblichen Mitglieder einbezogen, deren Zahl infolge der Forderung des Vereinsgesetzes, insbesondere aber infolge der regen Agitation unserer Genossinnen, ganz erheblich gestiegen ist. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 29 468 gegen 10 943 im Vorjahre. Davon entfallen auf:

| | | | |
|----------------------------|--------|-------------------|-------|
| Preußen | 12 282 | Mtenburg | 36 |
| Bayern | 281 | Odenburg | 523 |
| Sachsen | 6 371 | Braunschweig | 402 |
| Württemberg | 241 | Sachsen-Meiningen | 345 |
| Baden | 345 | Anhalt | 1 127 |
| Hessen | 1 076 | Hamburg | 3 939 |
| Wiedenburg | 163 | Bremen | 968 |
| Thüringen, Ag.-Bez. Weimar | 634 | Lübeck | 219 |
| Ag.-Bez. Jena | 395 | Elb-Lothringen | 111 |

Weitere Bezirkssekretäre sind im letzten Jahre angestellt worden für: Odenburg Schulz (Walt); Elb-Lothringen Knauf (Straßburg); Südbayern Nimmerfall (München); Oberlangenbielau Schönwälder (Neurode). Noch nicht besetzt ist die für den Wiedauer Agitationsbezirk bewilligte Sekretärstelle. Die Zahl der Wahlkreissekretäre ist auf 41 gestiegen.

Schiedsgerichte gemäß § 27 des Organisationsstatuts sind in 44 Fällen berufen worden. Davon wurden 18 Streitfälle durch Vergleich erledigt; in 11 Fällen sind die Angeklagten aus der Partei ausgeschlossen worden, während in 7 Fällen die Ausschlußanträge abgelehnt wurden. In 5 Fällen sind die Angeklagten vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts aus der Partei ausgetreten oder haben es unterlassen, Beisitzer zu ernennen. Drei Sachen sind noch in der Schwebe.

Ueber die Beitragshöhe der Mitglieder haben 353 Wahlkreise Angaben gemacht:

| Wahlkreise mit Monatsbeiträgen. | | | |
|---------------------------------|-------------------|---------------------|-------------------|
| Einheitlicher Beitrag | | Abgestufter Beitrag | |
| Zahl der Wahlkreise | Höhe des Beitrags | Zahl der Wahlkreise | Höhe des Beitrags |
| 2 | 15 Pf. | 1 | 10 bis 20 Pf. |
| 99 | 20 " | 1 | 10 " 30 " |
| 45 | 25 " | 1 | 15 " 20 " |
| 106 | 30 " | 2 | 15 " 25 " |
| 1 | 35 " | 1 | 20 " 25 " |
| 24 | 40 " | 13 | 20 " 30 " |
| | | 1 | 20 " 35 " |
| | | 2 | 20 " 40 " |
| | | 1 | 25 " 30 " |
| | | 2 | 25 " 40 " |
| | | 2 | 30 " 40 " |
| | | 1 | 35 " 40 " |
| 277 | | 32 | |

42 Wahlkreise erheben 10 Pf. Wochenbeitrag

Gegen das Vorjahr ergibt diese Aufstellung eine Erhöhung des Beitrags in einer größeren Zahl von Wahlkreisen. So ist die Zahl der Wahlkreise mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. von 29 auf 42 und die der Wahlkreise mit einem Monatsbeitrag von 40 Pf. von 12 auf 24 gestiegen. Durch die Krise ist allerdings auch diese Entwicklung gehemmt worden.

Frauen-Organisation.

In Preußen, Bayern und den meisten übrigen Bundesstaaten war bis zu diesem Jahre die Organisation der sozialdemokratischen Frauen eine lose, weil den Frauen der Eintritt in die politischen Vereine verboten war. Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes wurde im ganzen Reiche der Beitritt der Genossinnen in die Organisationen möglich, wie das bisher schon in Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Odenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen der Fall war. Am 9. Mai d. J. beratschlagten Vertreterinnen der Genossinnen in einer Konferenz mit Mitgliedern des Parteivorstandes über die Konsequenzen der durch das Reichsvereinsgesetz veränderten Rechtslage. Die Vereinbarungen, die in dieser Konferenz getroffen wurden, sind in dem Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen wiedergegeben, auf den wir verweisen.

Provinz und Umgegend.

Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wanzleben.

Parteiengenossen! Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Generalversammlung unsern Antrag, den 10-Pfennig-Wochenbeitrag allgemein am 1. Oktober und für neu eintretende Mitglieder sofort einzuführen, zugestimmt. Während die Delegierten aus Beyendorf, Fernersleben, Klein-Ottersleben, Unseburg, Salotte, Wanzleben, Westersleben und Wolmirsteden geschlossen für unsern Antrag eintraten, stimmten die Delegierten aus Wledendorf, Diesdorf, Hofendobleben, Langenweddingen und Osterweddingen geschlossen dagegen; die Delegierten aus Bennedersleben, Groß-Ottersleben und Lemsdorf stimmten teils für, teils gegen unsern Antrag. Mit 30 gegen 16 Stimmen fiel die Entscheidung zugunsten unsern Antrags.

Parteiengenossen! Von diesem Beschluß ist, das wissen wir sehr wohl zu würdigen, gar manches unserer Mitglieder nicht besonders erbaut; während es dem Vergnügungsverein willig seinen Tribut zahlte, möchte es gerade da, wo es so sütter not tut, beim Parteiverein, nicht mit Beiträgen betastet sein. Wir sind gewiß die letzten, die den Genossen und ihren Angehörigen ein Vergnügen nicht gönnen, aber über die Interessen des Vergnügungsvereins hinaus gehen denn doch die Interessen, die wir als Parteimann zu vertreten haben. Diese Interessen erforderten es, daß wir mit allem Nachdruck für die Annahme unsern Antrags eintreten mußten.

Nun gilt es aber in allen Orten, wo eine Mitgliedschaft unsern Vereins besteht, dafür Sorge zu tragen, daß der Beitragsfrage wegen keine inneren Kämpfe zur Entzweiung der Mitglieder führen. Nur wenn wir einig und geschlossen dastehen, werden wir in der Lage sein, die Parteibewegung vorwärts zu bringen.

Den leitenden Genossen der einzelnen Orte liegt die Aufgabe ob, unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, daß der fällige Beitrag (einschließlich September) den Mitgliedern abgeholt wird und auch gleichzeitig die Mitgliedsbücher eingezogen werden. Damit wir in der Lage sind, den Mitgliedern bis spätestens 1. Oktober ihr neues Mitgliedsbuch zustellen zu können, ist es notwendig, daß wir bis spätestens den 12. September im Besitz der alten sind, um die Personalien rechtzeitig übertragen zu können. Damit aber nicht genug; wenn auch das neue Statut von der Generalversammlung noch nicht festgesetzt werden konnte, so steht andererseits fest, daß in der Beitragsfrage eine Veränderung auf absehbare Zeit nicht wieder eintreten wird. Für die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder ist also die Bahn jetzt frei und es gilt deshalb, allüberall an die Arbeit zu gehen, um die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen die noch nicht in unsern Reihen stehen, zu gewinnen.

In unserm Geschäftsbericht haben wir nachgewiesen, wie das Verhältnis der Partei- und Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Orten ist; mit Leichtigkeit ist daraus festzustellen, welche Fülle aus schließlich Agitationsstätigkeit noch entfaltet werden muß. Dieser Bericht wird jedem Mitglied, das die Ortsgruppen-Versammlung, in der Bericht über die Generalversammlung erstattet wird, besucht, unentgeltlich in der Versammlung zugestellt werden.

Vorwärts also, Parteiengenossen! Legen wir die Streitfrage beiseite und gehen wir gemeinschaftlich an die Arbeit, um den Ausbau der Organisation zu fördern und um neue Streiter um unsere Fahne zu sammeln.

Hoch die Sozialdemokratie!

Groß-Ottersleben, 19. August 1908.

Mit Parteigruß!

Der Vorstand. F. A.: Julius Koch.

Burg, 19. August. (Sammelwut und nationaler Gedanke.) Anlässlich der Privatfamillien, die überall für den Grafen Zeppelin veranfaßt werden, erließ der Vorstand des Preussischen Landes-Kriegerverbandes in der „Parole“ eine Erklärung, in der er erucht, von Sammlungen unter den Kameraden Abstand zu nehmen. Unsere Parteiblätter verwiesen mit Bezugnahme auf diese Erklärung darauf, daß selbst in diesen Kreisen gegen die Sammelwut vorgegangen würde, weil das Reich sowieso sein mögliches tun wird. Das „Lageblatt“ führt in seiner Nummer 193 eine Anzahl „Verweise“ darauf an, daß auch in sozialdemokratischen Kreisen eine Sammlung nach der andern veranstaltet sei, woraus zu ersehen ist, daß der nationale Gedanke bei uns noch lebhaften Widerhall findet. Wörtlich sagt das „Lageblatt“: „Es bleibt also richtig, daß die Spontan aus dem Volks-

empfinden hervorgegangene Bewegung auch die Sozialdemokratie mit sich gerissen und gezeigt hat, daß auch in diesen Kreisen der grundsätzliche Opposition der nationale Gedanke noch lebhaften Widerhall findet.“ Demnach äußert sich der nationale Gedanke vor allen Dingen darin, daß jeder für die Erbauung eines neuen Lustschiffs der späteren deutschen Lustschifflotte recht tief in den Säckel greift. Wir haben trotz unser „grundsätzlicher Opposition“ nun eine etwas andere Vorstellung von dem Ausdruck des nationalen Gedankens. Wir glauben unter allen Umständen, daß wir der Nation einen unschätzbaren Dienst erweisen, wenn wir die Lustschifflotte für die Verwirklichung ihrer Hirngehirne selbst das nötige Geld aufbringen lassen. Daß nun die „Spontan“ aus dem Volksempfinden hervorgegangene Sammelwut auch uns mit fortgerissen haben soll, davon haben wir bis dato so gut wie nichts gemerkt. Daß wir aber in dem Grafen Zeppelin den Erfinder ehren und aus diesem Grunde Sammlungen mitbewilligen, die ihm das Vorführen seiner Erfindung möglich machen, ist es gerade, was den bürgerlichen Blättern und Parteien nicht in den Kram paßt.

(Eine Stadtverordneten-Sitzung) findet am Donnerstag den 20. August, nachmittags 3 Uhr, statt.

(Sozialdemokratischer Verein.) An Stelle des Genossen Weims, der am Donnerstag im „Grand Salon“ verhindert ist, wird Genosse Blumtritt einen Vortrag halten.

Halberstadt, 19. August. (Mehr Vereinsleben und Agitation) wünschten einmütig unsere Genossen auf der Generalversammlung in Bernigerode, sie fühlten, daß ein Teil Schuld bei ihnen lag. Aber die Genossen, die im Vordertreffen des täglichen Kampfes stehen, können allein diese Arbeiten nicht bewältigen. Dabei müssen alle mithelfen. Nicht nur in den Aufregungen eines Wahlkampfes, sondern zu jeder Zeit müssen unsere Reihen gestärkt und unsere Waffen geschärft werden. Die Zeit ist wirklich dazu angetan, um mit Einziehung aller Kräfte für die Ausbreitung unserer Ideen zu arbeiten. In fieberhafter Tätigkeit sucht der Reichsverband gerade in unserm Kreis uns entgegenzuwirken, kein Mittel wird von ihm verschmäht. Die Nationalliberalen suchen durch Gründung von Ortsvereinen uns das Wasser abzugraben. Die Agitation für den Wahlverein muß ganz energisch durch Hilfe der Gewerkschaften betrieben werden. Zum Herbst stehen die Stadtverordnetenwahlen bevor, die Vorarbeiten müssen schon jetzt in Angriff genommen werden, damit wir nicht nur siegen, sondern glänzend siegen. Wir haben ferner zu sorgen für die Vertiefung unserer Ideen bei den Genossen, welchem Zweck unsere Versammlungen dienen. Auch diese versehen ihren Zweck, wenn sie nicht besucht werden, und darin ist im letzten Jahre viel gesündigt worden. Sehen wir uns die gewachsenen Zahlen der Militär- und Klimbinerine an. Vor allem die Leser unserer Presse haben die Pflicht, tatkräftig mitzuwirken. Ein neuer Geist muß einziehen. Weniger reden, mehr handeln muß unsere künftige Aufgabe sein, dann werden wir vorwärtsgehen.

(Selbstmordversuch.) Der noch jugendliche Kellner August Kohler aus Derezburg verließ vor einigen Tagen den Ort unter Mitnahme eines ihm nicht gehörenden Fahrrades und einer Summe Geldes. Er kam nur bis Halberstadt; hier suchte er ein Geschäft auf, um das gestohlene Fahrrad zu verkaufen. Dem Inhaber des Geschäftes kam die Sache verdächtig vor, er benachrichtigte sofort die Polizei, die den jungen Menschen festnahm. Er wurde nach dem Verhöre wieder freigelassen. Man fand ihn am Dienstag früh mit einer Schußwunde in der Brust im Graben an der Blankenburger Chaussee liegend. Jedenfalls aus Scham vor seinen Verwandten und aus Angst vor den Folgen seiner Tat wollte er seinem Leben ein Ende machen. Er wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

(Seinen Verletzungen erliegen) ist am Dienstag der verunglückte Bahnwärter Schlüter.

Ostern, 19. August. (Ein Saal.) Die wichtigste Frage für die hiesige Arbeiterzucht war bisher immer die Saalfrage; sie hat nun durch den Bau eines schönen, geräumigen Saales ihre endgültige Lösung gefunden. Am Sonntag den 22. und Sonntag den 23. August findet im Restaurant von Otto Schrader, Marktstraße, die Einweihung des neuerbauten Saales statt. Wir erwarten nun, daß sich diese wichtige Feier eines recht starken Besuchs erfreut, denn jahrelang hat sich die hiesige Arbeiterzucht vergebens bemüht, einen Saal zu erhalten, immer wieder wurde ihnen der Saal vor die Tür gesetzt. Durch eine Massenbeteiligung wird nun die Arbeiterzucht zu beweisen haben, daß die bisherigen Quartierereien der Gegend zu Ende sind und daß sich die Arbeiter in ihrem zielbewußten Kampfe nicht länger mehr zurückhalten lassen. Wir haben die feste Zuversicht, daß die Arbeiter in ihren Organisationen jetzt Gelegenheit haben, mehr Aufklärung in die große Masse hineinzubringen, wodurch gerade den Gegnern bewiesen wird, daß sie die Arbeiter in ihrem bisherigen Vorgehen geradezu unterstützt haben. Es ist dafür Sorge getragen worden, daß die Arbeiter zu einer dem Tage entsprechenden zu erhalten. Wir erwarten deshalb auch, daß sich die Genossen aus der Umgegend zahlreich einfinden werden, um mit uns diesen wichtigen Tag zu feiern, der für unsere Parteibewegung einen Wendepunkt bringen wird. Alles Nähere wird aus dem Inserat in den nächsten Tagen ersichtlich sein.

(Die Gründung eines Gewerkschaftsartikels) soll in der nächsten Zeit vorgenommen werden, nachdem sich sämtliche größere Gewerkschaften bereit erklärt haben beizutreten. Zweck und Vorteile eines Gewerkschaftsartikels brauchen nicht erst noch besonders hervorgehoben zu werden. Hätte hier schon ein Gewerkschaftsartikel bestanden, wäre es unmöglich gewesen, daß der Streik der Arbeiter der Chemischen Fabrik von Adolf Brückmann, ergebnislos verlaufen müßte. Nur durch festes Zusammenhalten der Arbeiter und Zusammenschluß der einzelnen Gewerkschaften wird solchen Uebelständen für die Zukunft abgeholfen.

Schönbeck, 19. August. (Auf die Berichtigung der Firma a. A. L. L. L.) wird uns aus Schönbeck geschrieben: 1. Der verunglückte Dreher arbeitet an zwei Säulen, und zwar ist an der Drehbank, an der er verunglückt ist, seine Hauptbeschäftigung, während er an der zweiten Bank, einer Kleinpresse, nur nebenher arbeitet. Beweis dafür, daß er an der Drehbank, die unter der Transmissionsion sich befindet, beschäftigt gewesen sein muß; ein anderer Arbeiter hat diese Bank nach dem Unglücksfall ausgerückt. 2. Die Transmissionsion soll dem Dreher auch nicht auf den Kopf geschlagen haben, sondern nur ein Teil des Lagerboots mit der Lagerachse; damit bestätigt die Firma, was wir geschrieben haben, denn jeder Fachmann weiß, daß zu einer Transmissionsion nicht nur die Welle, sondern auch Lagerbock und Lagerachse gehört. 3. Betreffs des Ganges, der unter der Transmissionsion sein soll, schreibt die Firma, daß ein solcher überhaupt nicht unter der Transmissionsion vorhanden ist. Wir haben aber auch geschrieben, daß unter der Transmissionsion sich die Drehbank des verunglückten befindet, so daß sich dort auch gar kein Gang befinden kann, aber 1/2 Meter seitlich der Transmissionsion befindet sich ein Gang und wenn wir die Frage aufwarfen, warum dieser Gang nicht gesperrt wurde, so darum, weil man sich sagen muß, daß fallende Gegenstände nicht immer eine senkrechte Linie beschreiben, sondern auch seitlich fallen und die den Gang passierenden Arbeiter getroffen werden konnten. Die dritte Frage glaubt die Firma zu beantworten, wenn sie schreibt: „Außer dem Schloffer war auch noch dabei ein Arbeiter beschäftigt.“ Der Arbeiter hat nur unten die Leiter festgehalten, was unrer Meinung nach selbstverständlich ist, während doch die eigentliche Arbeit an der Transmissionsion zu verrichten war. Warum an der eigentlichen Arbeit nicht mehr Schloffer beschäftigt waren?, so ist die Frage zu verstehen. Geringfügig

Arbeit schreibt weiter die Firma. Da stellen wir folgendes fest: Der Schloffer, der die Arbeit verrichtete, war allein nicht mehr imstande, die hochgehobene Welle zu halten, mußte die Welle loslassen und sprang, um nicht getroffen zu werden, von der Welle herunter, ergo wären zwei oder drei Schloffer an der Transmission beschäftigt gewesen oder hätte ein Setzerges angebracht worden, um die Welle anzuhaken, so wäre bei der „geringfügigen“ Arbeit die Transmission nicht heruntergefallen. Die Frage: „Warum jetzt ein Gerüst gebaut ist?“ beantwortet die Firma: „Weil jetzt ein schwerer Lagerbock angebracht wird.“ Nun wieder „schwere“ Lagerbock wiegt circa 40 Pfund. Wir sind heute auch noch der Meinung, daß das Gerüst bei der „geringfügigen Arbeit“ ebenfalls gebaut werden mußte. Die Verbandswatte mußte erst vom Arzte desinfiziert werden, um sie gebrauchen zu können; es ist also nicht zuziel gesagt, wenn geschrieben wurde: sie war nicht in tadelloser Verfassung. Wir glauben hiermit festgestellt zu haben, daß die Darstellung, die wir gegeben haben, richtig war, und die Firma sich erparen konnte, von unzulässig Sachlichkeit, mit der die „Volkstimme“ informiert wird, zu schreiben.

Stuttgart, 19. August. (Stadtverordnetenversammlung.) Die Herren Stadtverordneten waren wieder nicht in beschlußfähiger Anzahl anwesend, jedoch dürfen sie nach der Städteordnung über diejenigen Punkte Beschluß fassen, die auf der Tagesordnung der vorigen, wegen Beschlußunfähigkeit ausgefallenen Sitzung gestanden haben. Zunächst erfolgte die Mitteilung, daß der in Dessau verstorbenen früheren Stadtverordnete in Stuttgart Herr Welle dem Hospital 25.000 Mark testamentarisch vermacht habe. Nachdem jetzt die mit dem Testamentvollstreckender entstandenen Differenzen behoben sind, wird die Auszahlung des Vermächtnisses am 1. Januar 1909 erfolgen. Herr Stadtverordneter-Präsident Sauerbreij drückte den Dank der Versammlung aus, die den Spenden durch Erbheben von den Eingen ehre. — Der Verband deutscher Beamtenvereine will im Frühjahre nächsten Jahres seine Generalversammlung nicht wie bisher in einer Großstadt, sondern in Stuttgart abhalten. Herr Bürgermeister Dr. Berger bejürwortete dieses Projekt, da Kosten nicht entstehen werden und die Vertheilung der Stadt sich auf die Aufforderung zum Besuche der Häuser und dergleichen beschränken würde. Herr Sanitätsrat Dr. Fraeßl meint zwar, daß es ohne Kosten nicht abgehen werde, bejürwortet die Sache aber warm, um durch diese Zugung die übertriebenen Vorstellungen auf das richtige Maß zurückzuführen, die man anderwärts über die schlechten Verhältnisse Stuttgarts habe. In ähnlicher Weise äußert sich Herr Konrad Stengel und die Versammlung stimmt ihnen zu. — Der Verbandsrat mit der Gasanstalt betreffend die Regelung eines Rohrstrangs nach Heßlingen durch die Mittelstür gab zu einigen Bedenken Anlaß. Es wurde Sicherung für den Schaden gewünscht, der durch Gasverlust den Feldfrüchten zugeführt werden könnte und die Nachpreise beeinträchtigen würde. Weiter eine Sicherung dafür, daß die Gasanstalt die Rohrleitung nicht entfernen und damit der auf dem Friedhof etwa einrichtenden Gasbeleuchtung die Zufuhr abschneide. Deshalb wurde die Sache vertagt. Der Petition an den Regierungspräsidenten betreffend die Verlegung des Kalihydrolytats wurde zugestimmt. — Damit waren die Tagesordnungspunkte der vorigen Sitzung erledigt und es entstand nun die Frage, ob neue Punkte verhandelt werden dürfen, da die Stadtverordneten wieder nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt waren. Auf Grund der Bestimmungen der Städteordnung mußte die Frage verneint werden, und so konnte auch zu der Rationalisierungs für Zepelin noch nichts bewilligt werden. Herr Bürgermeister Dr. Berger machte noch die Mitteilung, daß am nächsten Sonnabend der Herr Oberpräsident die Stadt mit seinem Besuche beehren werde und daß er dafür folgendes Programm aufgestellt habe: Von 11 bis 12 Uhr: Vortrag des Berginspektors Marco im Kalihydrolytatsgebäude, Besichtigung des Senkungsbereichs; 12 bis 1 Uhr: Vorstellung von Personen auf dem Kalihaus, Besuch der Johanneskirche; 1 bis 2 Uhr: Frühstück bei Steinlopf, das die Stadt den Gästen gibt (die hiesigen Teilnehmer zahlen selbst); 2 bis 4 Uhr: Besuch des Verleppschachtes, dann Besuch von Reinstoffen. Ohne förmliche Beschlußfassung erklärten sich die Herren Stadtverordneten mit diesem Programm einverstanden.

(Im Park erhängt) wurde der Kesselschmid Hoffmann aufgejunden.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg (Serienstrammer).

Sitzung vom 18. August 1908.

Der Kraftwagenführer Walter Schmid von hier, geboren 1885, war bei der Firma Rothemann u. Co. angestellt und fuhr am 28. April d. J. in der Straßenstraße vier Personen unentgeltlich nach Gommern, wo er sich freihalten ließ. Am 29. April kassierte

Schmid für eine Fuhre in der Stadt 24,80 Mark ein und verbrauchte das Geld angeleglich für sich. Am 5. Mai fuhr er nach Groß-Miersleben und nahm für die Fahrt 2,50 Mark. Von dort nahm Schmid die Fahrgäste unentgeltlich mit nach dem Lindenhof und ließ sich freihalten. Den Angeklagten trafen wegen Untreue und Unterschlagung 4 Tage Gefängnis.

Das Kalkwerk und seine Teilhaber. Der Wertmeister Hermann Köhler zu Sülzdorf, geboren 1855, war seit dem Jahre 1906 Eigentümer eines Kalkwerks und suchte, da es ihm an Betriebskapital fehlte, durch die Zeitung wiederholt Teilhaber mit Bareinzahlung. Von den nacheinander eingetretenen Teilhabern sollen drei Personen je um mehrere tausend Mark dadurch geschädigt sein, daß ihnen über den Umfang und die Rentabilität des Kalkwerks sowie über die Eigentumsverhältnisse des Inventars unwahre Angaben gemacht wurden. Die Verträge mit den Teilhabern entwarf meistens der Agent August Lint von Umjanz und die Rentabilität des Kalkwerks sowie über die Eigentumsverhältnisse des Inventars unwahre Angaben gemacht wurden. Die Verträge mit den Teilhabern entwarf meistens der Agent August Lint von Umjanz und die Rentabilität des Kalkwerks sowie über die Eigentumsverhältnisse des Inventars unwahre Angaben gemacht wurden. Die Verträge mit den Teilhabern entwarf meistens der Agent August Lint von Umjanz und die Rentabilität des Kalkwerks sowie über die Eigentumsverhältnisse des Inventars unwahre Angaben gemacht wurden.

Kein Diebstahl. Der Arbeiter Otto Wenge zu Suidenburg, geboren 1887, wurde von der Anlage des Rückfalldiebstahls freigesprochen.

Ein Kartoffelhändler. Der Blechschmied Erich Jiese von hier, geboren 1879, trug im Jahre 1907 für den Privatmann Wenzel verschiedenen Bestellungen Kartoffeln zu und kassierte unbefugt in sieben Fällen die Kaufpreise dafür mit zusammen 67,50 Mark ein, die er für sich verbrauchte. In zwei Fällen quittierte er fälschlich mit der Unterschrift des Arbeitgebers. Der Angeklagte wurde in Anbetracht der erheblichen Vorstrafen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Um 3,50 Mark 15 Monate Gefängnis! Der Arbeiter Wilhelm Franke zu Genthin, geboren 1877, entwendete am 22. Juni d. J. aus der Ladenkasse des Handelsmanns Raumann 3,50 Mark und steckte davon seinem Begleiter, dem Arbeiter Johann Pietras dafelbst, geboren 1884, 1 Mark in die Tasche. Bei der Festnahme leistete Franke Widerstand und beleidigte die beiden Polizeibeamten durch Schimpfreden. Die Strafkammer verurteilte ihn in Anbetracht der erheblichen Vorstrafen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, Pietras wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu 1 Monat Gefängnis.

Vermischte Nachrichten.

Die Gefahren des Zigarettenrauchens. Ueber das Rauchen von Zigaretten in Ägypten und die schweren Folgen, die sich dort bei allzu hartem Genuß eingestellt haben, berichtet Dr. Ripa-Bei, Arzt in Kairo, in der „Ägyptischen Rundschau“ einen interessanten Bericht. Von den 12 Millionen Einwohnern des Nillandes sind nach ihm 6 Millionen Raucher, die, niedrig gegriffen, zehn Zigaretten täglich rauchen, so daß ein täglicher Konsum von 60 Millionen Stkdt angenommen werden kann. Die ersten Anzeichen des Nikotins sind die sich als vermehrte Speichelflussabsonderung, Schwächegefühl, kalter Schweiß und Verstopfen kundgeben, werden von den Rauchern kaum beachtet; erst ernste Vergiftungserscheinungen führen sie zum Arzte. So geschah es, daß Hofrat Rothnagel, als er vor 6 Jahren in Gelsen 25 Kranke untersuchte, bei 22 Nikotinsucht konstatierte oder zum mindesten ihr Leiden auf chronische Nikotinvergiftung mit ihren Folgen zurückführte. Das Einziehen des Rauches tief in die Luftröhre ist beim Rauchen das gefährlichste, da der Rauch so mit großen Flächen der Luftröhren-Schleimhaut in Verührung kommt und sogar bis in die feinsten Lungenzellen und von ihr aus ins Blut gelangt. Das gewöhnliche Einziehen des Rauches in den Mund und das sofortige Ausatmen ist das unschädlichste, obwohl auch hier der Rauch mit Schleimhäuten in Kontakt kommt, wenn auch nicht mit allzu großen Flächen. Auch die Menge des Nikotins in einer Zigarette ist verschieden; ihr letztes Drittel enthält mehr Nikotin als die ersten zwei Teile zusammen, da sich das Nikotin am Ende der Zigarette sammelt. Aus diesem Grunde ist es ratsam, nicht mehr als zwei Drittel von einer Zigarette zu rauchen.

Weintrauben im Kürbis. Die Chinesen wenden, um die Weintraube das ganze Jahr frisch genießen zu können, eine eigenartige Methode an. Sie hohlen einen Kürbis aus, entfernen die Samenkerne aus dem Innern und legen die Trauben in den so ausgehöhlten Kürbis. Dann wird das ausgehöhlte Kürbis wieder als Deckel sorgfältig in die Öffnung gepackt und gedrückt.

Die „Marheit“ des Papiers. In der „Papier-Zeitung“ bezweifelt W. Schmidt (Elberfeld) eine Untersuchung über die Durchsichtigkeit von Papieren, wobei er zwei Arten von Durchsichtigkeit unterscheidet: erstens die allgemeine „Lichtdurchlässigkeit“ des Stoffes an sich; zweitens die Möglichkeit, durch den Stoff Schriftzüge zu lesen; letztere Eigenschaft wird mit „Marheit“ des Papiers bezeichnet. Die Lichtdurchlässigkeit bestimmt man auf der zum Vergleichen von Lichtquellen benutzten optischen Bank. Die „Marheit“ wird in der Weise ermittelt, daß man feststellt, in welcher größten Entfernung man noch imstande ist, zwei auf weißem Papier in einer Entfernung von 1 Millimeter voneinander gezogene 1 Millimeter breite Zifferlinien durch den zu prüfenden Körper (Pergamin- oder Oelpapier) als Doppellinie zu unterscheiden. Diese Entfernung, in Millimetern ausgedrückt, dient als Maß für die „Marheit“ des Stoffes. Praktische Bedeutung hat die Bestimmung der „Marheit“ bei der Prüfung von sogenannten Fensterbrief- und Umschlagpapieren, bei denen es darauf ankommt, daß der Name und die Adresse des Empfängers auch dann deutlich lesbar ist, wenn der Umschlag nicht glatt und dicht auf dem Briefbogen liegt. Als größter Wert für die Marheit sind 13 Millimeter gefunden worden.

Eine Raupe, welche mit ihrem Vorderfuß den Kopf einer Schlange auszuschnitten nachahmen kann, wurde in Südbrasilien gefunden. Bei der leisesten Berührung biegt sie sich rückwärts und ruft, indem sie die Unterseite des Vorderfußes nach oben dreht, völlig den Eindruck eines sich emporreckenden Schlangenkopfes hervor. Die beiden Flecke, die die Augen der Schlange vorstellen, werden durch eine Muskelbewegung hervorgerufen, um die Täuschung zu erhöhen.

Woher stammt das Glas? Daß das Glas nicht, wie man früher immer erzählte, eine Erfindung der Phönizier ist, sondern aus Ägypten stammt, ist eine allmählich immer mehr zu allgemeiner Annahme gekommene Behauptung, die durch neuere Funde immer mehr Bestätigung findet. Während nämlich in Syrien und den Euphratländern gar keine Funde an Glasfunden zu verzeichnen sind, ist Ägypten reich an solchen; nicht bloß die sogenannten Fayencefiguren, d. h. Figuren aus einer Art Terra-cotta, die mit Glasmasse überzogen sind, sondern auch wirkliche Glasgefäße sind dort in großer Zahl zum Vorschein gekommen, ja mit den Fayencefiguren haben die Ägypter sogar einen bedeutenden Handel über alle Küsten des Mitteländischen Meeres getrieben. Wie in einem Artikel von W. von Biffing in der „Revue archéologique“ ausgeführt wird, hat die Glaskunst in Ägypten ihre Höhe um 1600 v. Chr. erreicht; doch verstand man es damals noch nicht, das Glas zu blasen, sondern alle Glasgeräte sind entweder gegossen oder dadurch hergestellt, daß man einen sandigen Kern in die flüssige Glasmasse eintauchte; nachdem der Leberzug erhärtet war, entfernte man den sandigen Kern, aber man erkannte die in solcher Weise hergestellten Gefäße immer noch daran, daß sie im Innern eine dünne Lage der Sandmasse, die mit dem Glasfluß auf das innigste vereinigt war, zurückbehalten haben. Wirkliche Glasbläser scheint erst in den Zeiten nach Alexander in phönizischen Fabriken erstanden zu sein. Wie leicht erklärt sich hierdurch die Hartnäckigkeit, mit der die ganze Erfindung des Glases auf Phönizien zurückgeführt wird. Von Ägypten aus ist frühzeitig die Kunst der Glasarbeit nach Italien, nach Genua und den umliegenden Gegenden gekommen; da aus hat sie sich schnell über das ganze römische Reich verbreitet, um besonders um Aquileja herum gepflegt zu werden; von Aquileja haben die Glasarbeiter sich weiter nach Venedig gewandt, von wo aus sie später die ganze Erde, auch die muslimänischen Länder, mit ihren Kunstwerken versorgt haben.

Inselfeldung. Die vom Meere völlig unipulsten Inseln, die auf hoher See liegen, sind nichts andres als Bauen, die entweder von Korallenriffen oder von Vulkanen vom Meeresgrunde aus bis zum ober bis über den Meerespiegel hinaufgeführt worden sind; alle übrigen Inseln stehen ohne Ausnahme im Zusammenhang mit dem Festland, in dessen Nähe sie liegen; sie sind entweder nur die Trümmer von Steilküsten oder Geschöpfe der jökularen Erhebungen und Senkungen oder Anhöhen von Süß- und Salzwasser. Diejenigen Inseln, die niemals Festland waren, teilen sich in junge, niedrige, von Korallen erbaute Inseln, junge Inseln vulkanischen Ursprungs, alte Inselvulkane, reich an Pflanzen und Tieren, besonders ausgewandelter Kontinentalarten. Bei den Bruchstücken früherer Festlande unterscheiden wir frisch abgetrennte Inseln mit derselben Pflanzen- und Tierwelt wie das benachbarte Festland, Inseln, die sich in der geologischen Vorzeit abtrennten, alte Kontinentalinseln. Ihre Tier- und Pflanzenwelt zeigt schon Verschiedenheit mit dem Mutterfestland.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Nellis Millionen.

Ein jählicher Roman von Wilhelm Hegeier.

(3. Fortsetzung.)

Nellis spielte nachdenklich mit Peters Uhr, wie oft der Heiger sich herumzudrehen mußte, ehe sie sich wiederfanden. Eine merkwürdige Beklemmung erfüllte ihre kleine Brust. Sie dachte an die schönen geheimnisvollen Spiele, die sie beide aufgeführt, wie sie König und Königin gespielt und Lear und Cordelia und Franz Moor und Amalie. Wie sie unter dem Apfelbaum Lustschloffer gebaut hatten, die er mit führender Einbildung bis zum Himmel hingestreckt, und die in ihrem glücklichen Herzen den rechten Grund gefunden. Sie dachte an die schöne Vergangenheit, an die leere Zeit, die kommen würde — und da trübte sich ein paar diese Tränen über die Wangen hinunter.

Peter sah sie ganz erkannt an. Wohl ist aber, wie er nicht nur den Gemütszustand seiner Freundin, sondern auch seinen eigenen begriff, sagte er, nur mühsam sein Schicksal zu verstehen:

„Sei nur nicht traurig, Nellis! Komm, liebe Nellis!... Wir wollen immer an uns denken, immer an uns sein.“ Und dabei lächelte er sie zum erstenmal jählich auf. Wangen und Mund.

Nellis lag sich das eine Weile gefallen. Dann aber jäh eine plötzliche Schwere über sie zu kommen. Sie sprang auf und lief davon.

Der Junge blieb nachdenklich sinnend zurück.

Es war gleich Mitternacht. Auf dem Zirkelarm der neuen Kirche leuchtete man den Abend ein. Die Nacht kam hernieder. Mit ihrem dunkeln Schwingen dachte sie den Himmel zu, daß er hinter blühenden Sternen verstand. Sie glüht über Feld und Wiese und trankte das Gras mit ihrer Heucheligkeit. Den stierenden Vögeln in den Lüften drückte sie die Augen zu. In der kleinen Stube eines Bauernhauses zündete sie ein Lampchen an, daß das Fenster rötlich glühte.

Der Knabe aber sah andächtig und still. Ein wunderbares heisses Gefühl erfüllte sein Inneres. Er kann und kann das Geschehen war, begriff er nicht. Er hätte lachen und weinen mögen.

Dann sprang er auf, und während er mit Seltor um die Wette durch den Garten lief, sang er einen Reim, den man dort in den Spinnstuben singt, und den er von irgendeinem Anecht aufgeschrieben:

Gelle he, ich bin dir gut,
Gelle, du mir och!
Wenn ich dich ich
Dann laßer's mich,
Gelle he, dich och!

II.

Frühmorgens dampfte Peter mit der Saalkahn ab. Nach zwei Tagen erhielt der Pastor von ihm einen Brief, worin er sich für all das Gute, das ihm in diesem Hause zuteil geworden, bedankte. Dann aber kam noch eine erbauliche Mitteilung:

„Surra, ich bin Primaner! Primaner, Herr Pastor. In der Erziehung habe ich's mit überlegt. Ich dachte, wenn du beim Herrn Pastor nur so viel gelernt hättest, wie jeder Junge in der Schule lernt, so würdest du ihm wenig Ehre machen. Also früh gewagt und mit dem Kopfe zuerst ins Stramen für Prima gedrungen. Das Schlimmste, was dir passieren kann, ist, daß du nach Sekunda durchfällst. Ich sprang, und hum! blieb ich in Prima sitzen.“

Der gute Beerenbutz war ganz aufgeregt, als er den Brief las.

„Dieser Rader!“ sagte er, indem er mit seinem langen Pfeifenrohr sich den Kopf kratzte. „Dieser Rader, der bringt's fertig und bringt am Auferstehungsstage gleich in Abraham's Schoß, während unferens noch vor dem jüngsten Gericht sitzt und bebt... Ein ganz Rader ist er! Aber wie's mich freut, daß er auf diese Weise seiner Mutter ein Jahr Sühngeld zahlt!“

Nach dem Abendessen holte er dann eine kleine Stachelbeere herauf, und die ganze Familie trank auf das Wohl des neugeborenen Primaners.

Als die Gäste zusammenklangen, freute sich niemand mehr als Nellis.

Das will ich meinen, dachte sie, daß der Peter oben auf ist. Genuß hat er den Lehrern etwas vorbestimmt; und ihnen einen unerschütterlichen Respekt eingezogen.

Peter war nun ins Leben hinausgekommen. Und in den Jahren, die folgten, hatte er Gelegenheiten genug, sich mit den Sorgen und Tuden, die dieser „Sonne's Kloß“ ihm bereitet, herumzuplagen.

Er wohnte bei einem biedern Bäckermeister. Zuerst hatte man ihm ein Zimmer im selben Stock mit andern Mitmenschen gegeben, die Ruhe und Schlaf für etwas der Nacht Heiliges hielten. Wie er aber eines Abends spät als König Lear alle Flüche der Welt auf seine undankbaren Tochter herabrief und im Wahnsinn zu toben begann, da überredete man ihn, doch lieber auf den Söller zu ziehen, wo er in der Nachbarschaft von Kornfackeln, Mäusen und Ratten selbst als Franz Moor niemand im Schlafe störte.

Ein Mensch, der einige Phantasie besitzt und von einer Dachkammer aus die Welt betrachtet, fängt mit Notwendigkeit an zu dichten. Peter folgte seinem Schicksal. Er schrieb ein dickes Gefäß mit lauter Versen voll, die ihn ebenso schön wie Heines Verse dünkten, und die mit diesen auch wirklich auzerordentlich viel Ähnlichkeit hatten. Er reimte „Liebe“ auf „Triebe“ und „Schmerz“ auf „Sera“ und war der Ueberzeugung, daß diese gefühlvollen Endsilben sich noch bei keinem Poeten so wundervoll gereimt hätten wie bei ihm. Als sein erster Wunsch sich erfüllte, und er vom mündlichen Examen befreit wurde, da hatte er auf den zweiten Wunsch, Schaujücker zu werden, schon verzichtet. Seine Sehnsucht vertiefte sich. Nicht mehr die Gestalten anderer wollte er nachbilden, sondern selbst welche schaffen. In seinem Geiste bildete sich schon eine Welt der Einbildung, wenn auch noch alles im Nebel lag.

Als aber dann das enge Schulzimmer sich einmal hinter ihm geschlossen hatte, wachte er in der ersten Zeit überhaupt nicht, was er wollte, weil er alles wollte. Er hätte zehn Menschenkräfte und zehn Menschenalter bedurft, um das alles auszuführen, was sein Geist als Zukunftsbilder ihm vorjüngelte.

Die ersten Semester der Universität tobte seine überjährende Kraft sich in den abenteuerlichsten Streichen aus. Er warf mit dem Geld um sich, als wenn er Gott weiß wieviel im Vermögen hätte. Dann aber kam er mit einem Male zu sich selbst. Wie jemand nach einem tollen Larze, nach einer wilden, den Saal durchraufenden Wodka, wenn die Musik plötzlich schweigt, stillesteht und nicht mehr weiß, wo er ist — so stand er da, als die Musik seiner Talerstüde ausgeklungen hatte, und sein Beutel leer war: ihn schwindelte, er erkannte die Welt nicht wieder, die er wie in einer ewigen Fastnacht durchstolzt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Die Nachtfahrt des Militär-Luftkrenzlers.

Das neue Militär-Luftschiff des Luftschiffbataillons ist am Montag abend zu einer nächtlichen Uebungsfahrt ausgeflogen. Der Luftkrenzler des Majors Groß wurde bald nach 10 Uhr aus der Halle nach dem Tegeler Schießplatz geführt. Nach vor 10 1/2 Uhr schwamm der einem Fische gleichende Krenzler in die Nacht hinein, nachdem die Herren Major Groß, Major Spetling, Hauptmann v. Jena, Oberingenieur Pajenach und ein Werkmeister die Gondel bestiegen hatten. Der Wind wehte leicht aus Norden, und der Luftkrenzler wandte sich nach Nordosten in der Richtung nach Hamburg zu. Das Saufen und Surren der Propeller wurde stiller und stiller und hörte dann ganz auf. Ein paarmal noch glühte die kleine elektrische Lampe in der Höhe auf, dann war das Luftschiff verschwunden. Gegen 3 1/4 Uhr wurde auf dem Tegeler Schießplatz alarmiert. Die Posten, die alle 100 Meter weit mit Blitzlaternen auf dem weiten Gelände sich aufgestellt hatten, hatten das Licht des Militär-Luftkrenzlers im Horizont entdeckt und die Mannschaften des Luftschiffbataillons alarmiert. Eine Viertelstunde später fand das Luftschiff über seinem Ausflugsplatz, und um 3 1/2 Uhr verließ es glatt den Boden. Die Fahrt hatte genau 5 Stunden und 5 Minuten gedauert. Wie wir erfahren, ist der Motorballon bis Neustadt an der Dosse gelangt, was in der Luftlinie eine Entfernung von 75 Kilometern entspricht. Angeblich war eine längere Fahrt als bis Neustadt an der Dosse und zurück nicht geplant.

Das Militär-Luftschiff ist größer als das Parzevalsche, hat daher auch einen größeren Aktionsradius, genügt aber nicht in dem Maße selbständigen Ausflügen bezüglich Unabhängigkeit von Ort und sonstigen Verhältnissen des Landungsplatzes. Man hofft jedoch, auch das Militär-Luftschiff mit selbständigen Transportmitteln verpacken und befördern zu können.

Der Siemens-Schudert-Ballon wird aufscheinend ganz unter der Aufsicht der deutschen Heeresverwaltung gebaut und kann daher schon jetzt als künftiges Kriegsluftschiff Deutschlands angesprochen werden. Der vor kurzem in Bau gegebene Siemens-Schudert-Ballon wird in Döberitz gebaut, wo auch für seine Unterbringung eine dreifache Halle, die auf einer Eisenbahnwagenschleife ähnlichen Konstruktion ruht, auf dem Truppenübungsplatz angelegt wird. Weitere Einzelheiten werden streng geheimgehalten.

Die künftige Militär-Luftschiff Deutschlands wird sich also zusammenfassen aus den beiden Großschiffen Luftkrenzern, dem Siemens-Schudert-Niesenluftschiff, dem neuen Parzeval, der jetzt seine ersten Probefahrten gemacht hat und in etwas fernerer Zeit dem neuen Zeppelin Nr. 5.

Der Amtsrichter als 175er.

Wie wir bereits meldeten, wurde der Amtsrichter Dr. Steiner in Gnesen wegen Verdachts des Vergehens gegen den § 175 StGB verhaftet. Jetzt wird nun gemeldet, daß Steiner bereits am Dienstag von der Gnesener Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu sechs Monaten und vier Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Außerdem wurde ihm für die Dauer eines Jahres die Fähigkeit zur Führung öffentlicher Ämter abgesprochen.

Zwei Liebesdramen vor der Hochzeit.

Der nördliche Eingang der Gethsemanekirche in Berlin war am Dienstag die Stätte eines Eifersuchtsdramas. In der Kirchentür versuchte der 28 Jahre alte Schlosser Otto Richter seine Braut, die 21 jährige Schneiderin Luise Wehler, und dann sich selbst zu erschießen. Richter hatte sich Öttern mit der Wehler verlobt, glaubte aber seit einigen Tagen Grund zur Eifersucht zu haben, da ihm einige nachsichtige Personen erzählt hatten, daß seine Braut ein Verhältnis mit einem Richter unterhalte. Der Bräutigam stellte das Mädchen gestern an der Kirchentür zur Rede und schoß sie im Verlauf der Unterredung nieder. Die Braut wurde an der Brust, im Unterleib und an dem rechten Arme schwer verletzt und mußte nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden. Richter jagte sich dann selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Er wurde wegen Mordversuchs als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. — Kurz vor der Hochzeit nahm auch ein anderes Liebesverhältnis in Berlin ein jähes Ende. Die 53 Jahre alte Schenkenswirtin Frau Martha Buch geb. Sommerfeld erhängte sich aus Furcht vor ihrem Bräutigam, dem 28 Jahre alten Straßeneiniger Paul Döring aus der Admiralstraße 26. Döring war stets eifersüchtig, wenn seine Braut sich zu anderen Gästen an den Tisch setzte und mißhandelte sie oft. Am Sonntag abend fand wieder ein derartiger Auftritt statt, in dessen Verlauf Döring Möbel und Gläser zertrümmerte und in eine derartige Rasterei geriet, daß er von zwei Schutzmännern abgeführt werden mußte. Frau Buch schloß nach dieser Szene ihre Wirtschaft. Als Dienstag morgen eine Kellnerin ihren Dienst antrat, fand sie in dem hinteren Gastzimmer, in dem Frau Buch selbst mit ihrem Geliebten gefessen hatte, die Wirin erhängt vor.

Sundeglück.

Von dem Russischen von A. Kuprin.

In einem schönen Septembervormorgen gegen sechs oder sieben Uhr früh begab sich der einundneunzigjährige Mops Jaak, ein brauner, langhaariger, luttiger Hund, mit Annuška, der Stöchin, auf den Markt. Er konnte ausgezeichnet den Weg, und deshalb lief er die ganze Zeit mit Sicherheit voraus, beschleunigte im Vorüberlaufen die Trottoirpfosten und blieb bei den Kreuzungen stehen, um sich nach der Stöchin umzusehen. Bemerkte er auf ihrem Gesicht und an ihrem Gange eine Verjagung, dann drehte er sich rasch um und legte seinen Weg in einem lebhaften Galopp fort.

Als Jaak sich nach seiner gewohnten Weise bei dem ihm wohlbekannten Seldzerladen umgesehen hatte, sah er Annuška nicht mehr. Er machte so eilig kehrt, daß sich sein linkes Ohr beim raschen Laufen zurückschlug. Doch Annuška war auch bei der nächsten Kreuzung nicht zu sehen. Da beschloß Jaak, sich nach dem Spürsinn zu orientieren. Er blieb stehen und bemähte sich, seine feuchte unbewegliche Nase nach allen Seiten wendend, den bekannten Geruch von Annuškas Nieren, den Geruch des schmutzigen Küchentisches und von grauer Seife in der Luft zu erfassen. In diesem Augenblick aber kam einigen Schritte eine Frau vorüber, welche Jaak mit ihrem rauhschönen Näschen streifte und einen scharfen Duft abschleuderte, der dem Kopf und Nase Jaaks verwehete. Jaak schüttelte ägerlich den Kopf und nieste. Annuškas Spur war endgültig vermischt.

Das betrubte den Mops indes nicht. Er kannte die Stadt sehr gut, und deshalb war es ihm sehr leicht, den Weg nach Hause zu finden: er brauchte bloß zum Seldzerladen und von dort zum Grünzeugladen zu laufen, dann sich nach links entlang des grauen Hauses zu wenden, aus dessen Kellerwohnungen es stets so angenehm nach angebrannter Butter roch, und er befand sich schon in seiner Straße. Doch Jaak eilte nicht. Der Morgen war frisch und hell, und in der reinen, gleichsam durchsichtigen und etwas feuchten Luft nahmen die Schattierungen der Gerüche eine ungewöhnliche Feinheit und Deutlichkeit an. Als Jaak mit seinem wie ein Stroh gestreckten Schwanz und mit bebenden Nüstern an dem Postgebäude vorbeilief, da hätte er mit Bestimmtheit sagen können, daß vor kaum einer Minute eine junge mausgraue Dogge, die wahrscheinlich mit Pastergrünze gefärbt wird, vorbeigekommen sei.

Und in der Tat, er hatte kaum zweihundert Schritte gemacht, als er diese Dogge, welche mächtigen Schrittes daherkam, erblickte. Die Ohren der Dogge waren kurz abgeschnitten und auf ihrem Hals hing ein breiter abgenutzter Riemen.

Die Dogge bemerkte Jaak und blieb, halb nach rückwärts gehend, stehen. Jaak drehte seinen Schwanz herausfordernd in die Höhe und begann sich langsam der Unbekannten zu nähern. Die Dogge machte mit ihrem Schwanz dasselbe und flechtete breit ihre weißen Zähne. Dann begannen beide mit abgewendeten Schnäuzen und gleichsam sich verschlundend zu knurren.

Ein Eisenbahnunfall.

Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einer Rangierlokomotive hat sich bei dem Eisenbahnübergang vor der Station Gieseler-Walden ereignet. Von den Insassen des Straßenbahnwagens, der fast völlig zerstört wurde, wurde eine Frau getötet und mehrere Personen verletzt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Bahnwärter, der es unterlassen hatte, die Schranken zu schließen. Die Lokomotive fuhr dem Straßenbahnwagen, der mit einem Anhängewagen lief, mitten in die Seite. Die getötete Frau wurde bei dem Zusammenstoß noch aus der Straßenbahn sprungen, kam hierbei aber unter die Räder der Lokomotive und wurde vollständig zermalmt. Der Schaffner und der Führer des Straßenbahnwagens wurden erheblich verletzt. Die Verletzungen der übrigen Passagiere bestanden durchweg in mehr oder weniger erheblichen Quetschungen.

Der „Herr Doktor“ auf Reisen.

Als Arzt und Freimaurer hat ein internationaler Betrüger in Berlin und in der Provinz zahlreiche Opfer gefunden. Zuletzt trat er in Berlin, Hof und Leipzig auf und machte sich besonders an Ärzte heran. Seinen Kreditbrief wollte er verloren haben und bat bis zum Eingang neuer Mittel um Darlehen, weil er seiner auswärts befindlichen Gattin Geld schicken müsse. In einem Falle legte er einen Schein auf einem Formular der Leipziger Bank vor und nannte sich Dr. William Bruner aus Newyork. In Leipzig hieß er Dr. Kraft, anderswo Dr. Ewald oder Kewald. In England erlitt er 1904 eine längere Gefängnisstrafe; dort nannte er sich Dr. de Wayer und gab an, in Berlin promoviert zu haben. Während des Berliner Luftschiffbaus hatte er sich in die hiesige Medizinische Gesellschaft eingeschmuggelt und war dann plötzlich verschwunden. Der mittelgroße, etwa 40jährige Schwindler spricht Deutsch, Französisch, Russisch und Englisch und hat ein Gallensteinleiden, das ihn nötigt, öfters ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Kampf um den „Hauptmann von Köpenick“.

Sie reihen sich um ihn. In Niddorf, wo er noch bei seiner Schwester Wohnung hat, ist er kaum seines Lebens sicher, so sehr wird er überlaufen. Wer ihn persönlich nicht erreichen kann, schreibt ihm Briefe. Die erste Post am Dienstag brachte ihm nicht weniger als 36 Briefe. Alles Glückwünsche und Angebote der verschiedensten Art. Ueber die Gestaltung seiner Zukunft ist sich Boigt noch nicht klar. Wahrscheinlich wird er sich in einer kleineren Ortschaft niederlassen. Sein Vermögen, das er selbst auf 40 000 Mark schätzt, stellt er ihm den Ankauf eines Grundstücks. Aus seinen „Memoiren“, die er herausgeben will, hofft er ebenfalls größere Einnahmen zu erzielen. Von den ihm bisher gemachten Angeboten sagen ihm Vorkräfte, die er in den verschiedensten Städten über seine „Erfahrungen“ halten soll, am meisten zu. Ein derartiges Angebot aus Bremen, wo ihm für acht Vorträge 5 000 Mark zugesichert worden sind, wird er wohl annehmen. Die Anträge von Impresariats und Schaustellern hat er mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Er sei kein „Schaustück“, erklärt er. Einige ihm allen Ernstes von reichen Damen gemachten Heiratsanerbietungen hat er bestimmt zurückgewiesen. Er will die Frau, die in schlechten Zeiten zu ihm gehalten hat, auch jetzt, wo sich seine Lage so glänzend gestaltet, nicht verlassen. Während er noch kräftig bei seiner Schwester in der Küche am Kaffeetisch saß, erhielt er den Bericht eines Gastwirts von der Oberpreze. Im Wilhelm Boigt, der sich sonst gesellig mit alten Unterredungen entzieht, sicher zu treffen, hatte sich der Besucher für die Nacht in Niddorf ein Zimmer genommen. Er lud Boigt ein, bei ihm umsonst Sommerwohnung zu nehmen, hatte aber damit keinen Erfolg. In früherer Stunde war ferner ein Besuch aus Leipzig bei ihm eingetroffen. Auch diesen Herrn gegenüber benahm er sich sehr zurückhaltend, betonte aber die Möglichkeit, daß er einmal in Leipzig, das er liebe, einen Vortrag halten würde. Daß er von seinem sicheren Auftreten, das ihm in Köpenick bei Ausübung seines Streiches so sehr zustatten kam, nichts eingebüßt hat, bewies er Dienstag abend bei seiner Rückkehr nach Niddorf. Während eine gewaltige Menschenmenge die Kopfstränge und die angrenzenden Straßen füllte, mischte er sich selbstmützig unter die Leute und kam unerkannt und unbelästigt in der Wohnung seiner Schwester an. Bei den Annehmlichkeiten sind übrigens nahezu 50 Sittlerungen durch die Polizei vorgekommen worden.

Das „Kriegsgericht“ im Gefängnis.

In verflohenen Monat wurde ein Matrose vom Panzer „Balmy“ ins Militärgefängnis eingeliefert, um eine Strafe von 1 Monat zu verbüßen. Er war kaum einige Tage dort, als ihm seine Mitgefängenen erklärten, er müsse vor einem Kriegsgericht erscheinen, das aus den Verurteilten selbst zusammengesetzt war. Nach Abwicklung einer bürokratischen Angelegenheit wurde der Angeklagte zur Strafe des „Torador“ verurteilt. Die Kameraden zogen ihn spöttisch aus und punktierten dann seinen Körper mit spitzen brennenden Fingerringen, bis der arme Kerl sich vor Schmerzen krampfhaft auf dem Erdboden wälzte. Dann ließen die Hefter von ihm ab, drohten ihm aber, wenn es ihm etwa einfallen sollte, sie anzuzeigen, mit der grauhaftesten Vergeltung.

So schlepte er denn seinen wunden Körper herum, so gut er konnte. Schließend hielt er es nicht mehr aus und ließ sich vom Gefängnisarzt untersuchen. Nun wurde entdeckt, daß diese mittelalterliche Feme, die zu keinem „Spaß“ inszeniert wird, seit lange bereits im Marinegefängnis von Cherbourg besteht und jeder „Neue“ daran glauben muß. Die Hefterstrecke müssen ihren Opfern einen Schreden einflößen, wie die Ramorra in Neapel und die Mafia in Sizilien. Denn sonst ist es unbegreiflich, daß bisher keiner der mit Feuerbrand als Gefängnis-Anzeige erkrankte. Oder sie hielten die Schmerzen aus, um ihrerseits dann mit verdoppelter Gewalt über ihre Nachfolger herzufallen. Die Wächter sollen über die Vorgänge wohl unterrichtet sein, aber die Augen zudrücken, weil sie überhaupt alle Gewalt über die Gefangenen verloren haben. Sie reden seit lange mit ihnen unter einer Decke und sind willige und nützliche Vermittler zwischen den Gefangenen und deren Familien, die ihren Angehörigen im Gefängnis allerlei verbotene Dinge zusammen lassen wollen.

76 Bergleute verunglückt.

Durch eine Dienstag abend in der Kohlengrube May Pole in der Nähe von Wigan (England) erfolgte Explosion sind 76 Bergleute verunglückt worden. Eine Unsticht auf Rettung ist wegen gütiger Gase, durch die das Vorgehen der Rettungsmannschaften unmöglich ist, kaum vorhanden. Bisher sind drei Leichen geborgen.

Bereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt Sonnabend den 22. August, abends 8 Uhr: Für den Bezirk Salbte bei Sandmann; für den Bezirk Groß-Otterleben bei Marschall. Die Verwaltung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands (G. H. A. Sitz Meissen). Sonnabend den 22. August, abends 8 Uhr, Versammlung im Kassenlokal. 247

Turnerschaft Magdeburg (M. T.). Am Sonntag den 23. d. M., früh 9 Uhr, Vorübungen zum Schauturnen auf dem Sportplatz Sachsenting. Dorthin selbst gemeinschaftliche Sitzung der Turnvereine, der Vorleser und des Komitees. 248

Klein-Otterleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 22. d. M., abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schüge.

Fermerleben. Sozialdemokratischer Verein. Sektion der Frauen. Donnerstag den 20. August, abends 8 Uhr, Versammlung bei Stiller. 248

Briefkasten.

Otto K., Burg. Rechtsanwaltskosten 2 bis 6 Mark, Gerichtskosten 1 Mark, dazu verschiedene Schreibgebühren. —

Für die Parteilasse glugen ein: Freiwillige Beiträge: Ein Alter Neufährer 2.—, Straßgeld N. N. E. N. 1.—, Bez. Nr. 13.—, Maimarken 1908 805,50. Rede Bebel's Verkauf 1. N. 8.—, Vereinsbeiträge 527,60 Mark. G. Giesecke, Kassierer.

Für die Landtagswahl gingen ein: Metallarbeiter 1. 117 7,95, 2. 119 5.—, 3. 121 9,10, 4. 123 9,55, 5. 129 2,85, 6. 130 5,60, 7. 131 10,30, 8. 132 3,70, 9. 133 9,35, 10. 134 0,50, 11. 135 8,35, 12. 136 9,60, 13. 138 3,20, 14. 150 7,20; N. N. 2. 296 0,50; Schindlerer-Hilfsarbeiter 1. 457 2,30, 2. 458 2,25; Tagelöhner 1. 534 0,90. G. Giesecke, Kassierer.

Marktberichte.

Magdeburg, 18. Aug. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 194—200, do. Sommergut —, do. Kolben Sommergut —, do. ausländischer gut —, Roggen inländischer gut 168—172. — Gerste hiesige Chevaliergerste gut 190—200, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 185—195, ausländische Futtergerste gut 139—141. — Hafer inländischer gut 150—158. — Mais unv., runder gut 155—157. — Erbsen hiesige Victoria 220—240.

Viehmarkt.

Magdeburg, 18. August. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 335 Rinder, 298 Kälber, 403 Schafvieh usw., 1462 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 41—43 Mt., b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 38—39 Mt.

„Wenn sie mir etwas für meine Ehre oder für die Ehre aller anständigen Mops überhaupt Verleidendes sagen wird, dann werde ich sie von der Seite, bei ihrem linken hinteren Beine packen,“ dachte Jaak. „Die Dogge ist natürlich stärker als ich, aber sie ist unbeholfen und dumm. Da schau einmal her, wie die Dumme seitwärts steht und nicht ahnt, daß sie die ganze linke Seite dem Angriff freigibt!“

Und plötzlich... Es ereignete sich etwas Unnatürliches, beinahe Unerklärliches. Die mausgraue Dogge stürzte plötzlich auf dem Rücken zu Boden und eine unsichtbare Kraft schleppte sie vom Trottoir auf das Straßepflaster. Gleich darauf packte dieselbe unsichtbare Kraft den erlaunten Jaak seit an dem Hals... Jaak stemmte sich auf die Vorderbeine und warf während den Kopf hin und her. Doch das „Unsichtbare“ preßte ihn so die Kehle zusammen, daß der braune Mops das Bewußtsein verlor.

Als er wieder zu sich kam, befand er sich in einem engen eisernen Käfig, welcher auf den Steinen des Pflasters ruhte und in die Höhe sprang und dabei mit seinen schlecht aneinandergefüigten Stäben rasselte. Jaak hatte, dank seinem scharfen Hundesinn, sofort erraten, daß der Käfig seit vielen Jahren Sunde aller Sorten, alte und junge, beherbergt hatte. Am Aufschloß vor dem Käfig saßen zwei Männer, deren Äußeres durchaus nicht vertrauenswürdig war.

In dem Käfig war schon eine zahlreiche Gesellschaft versammelt. Jaak bemerkte sofort die mausgraue Dogge, mit der er sich auf der Straße fast gekannt hatte. Die Dogge stand, die Schnauze zwischen zwei Eisenstäben hineingezwängt, und wimmerte leise, während sich ihr Körper durch das Mittel hin und her bewegte. In der Mitte des Käfigs lag, den flugen Kopf zwischen die rheumatischen Pfoten gesteckt, ein alter weißer, nach hinten gekrümmter Hund mit Franzen an den Knien und dem Ende des Schwanzes. Der Hund schien seine Lage mit philosophischem Stoizismus zu ertragen, und hätte er hier und da nicht aufgeschaut und mit den Brauen gekuckt, man hätte glauben können, er schläfe. Neben ihm saß, vor Morgensalbe und Aufregung zitternd, eine hübsche, wohlgepflegte Windspielhündin, mit schlanken langen Beinen und einer spitzen Schnauze. Sie gähnte von Zeit zu Zeit nervös, rollte dabei ihre kleine rosafarbene Zunge zusammen und begleitete jedes Gähnen durch ein langgedehntes, scharfes Geheul... Tiefer im Hintergrunde des Käfigs drückte sich eine schwarze glatte Dachshündin mit gelben Flecken auf der Brust und den Augenbrauen fest an das Gitter. Sie konnte vor Ersauern gar nicht zu sich kommen, was ihren langen Protobildrumpf auf den geträumelten Beinen und ihrem ersten Schwanz mit den langen, beinahe bis zur Erde herabhängenden Ohren ein gar sonderbares Aussehen verlieh.

Außer dieser mehr oder weniger gewählten Gesellschaft befanden sich im Käfig noch zwei unerschöpfliche Hofhunde. Der eine, welcher jenen Hund ähnlich sah, die gewöhnlich überall klar oder Nero genannt werden, war rothaarig, kräftig und hatte einen buschigen, in Gestalt einer Neun zusammengehangenen Schweif. Er war früher als alle in den Käfig geraten und er hatte sich scheinbar schon dazwischen an seine unangenehme Lage gewöhnt, daß er schon längst nach einer Gelegenheit suchte, mit

jemand ein interessantes Gespräch anzuknüpfen. Der zweite Hofhund war beinahe nicht zu sehen; er hatte sich in die dunkelste Ecke verkrochen und lag dort zu einem Knäuel zusammengekauert. Er hatte sich während der ganzen Zeit bloß einmal erhoben, um den nahe an ihn heranzutretenden Jaak anzuknurren, doch auch das hatte genügt, um in der ganzen zufälligen Gesellschaft die größte Antipathie ihm gegenüber zu erwecken. Erstens war er von einer Gruppe Antreiber, welche zur Arbeit gingen, violett angestrichen worden. Zweitens fanden ihm seine Haare und dabei windelweije zu Berge, drückens war er augenscheinlich höflich, hungrig, verwegen und hart, was man an dem energischen Rude seines abgemagerten Körpers bemerken konnte, mit welchem er dem erschrockenen Jaak entgegengegrungen war.

Das Schweigen dauerte eine Viertelstunde ungefähr. Jaak, welchen sein gefunder Humor in seiner Lebenslage verließ, bemerkte endlich förtlich:

„Unser Abenteuer beginnt interessant zu werden. Ich bin doch neugierig, wo diese Gentlemen zuerst halten werden...“ Dem alten Pudel gefiel der leichtfertige Ton des braunen Mopses nicht. Er drehte langsam den Kopf in der Richtung zu Jaak und schnitt mit kalter Ironie ab:

„Ich kann Ihre Neugierde, junger Mann, befriedigen. Die Gentlemen werden in der Schinderei halten.“

„Wie? ... Erlauben Sie... Pardun... ich habe nicht recht verstanden.“ brummte Jaak, sich unwillkürlich sehend, denn seine Füße begannen plötzlich zu zittern.

„Sie geruhten zu sagen: in die... Sch... Schi...“

„Zunächst, in die Schinderei,“ wiederholte bestätigend ebenso kalt der Pudel und wendete sich ab.

„Verzeihen Sie... aber ich habe Sie nicht ganz verstanden... Schinderei... Was ist es denn für eine Unsticht — eine Schinderei? Wöchten Sie nicht so freundlich sein, es uns zu erklären?“

„Doch der Pudel schweig. Als aber die Windspielhündin sich Jaaks Bitte anschloß, sah sich der Alte gezwungen, um gegen die Damen nicht unhöflich zu erscheinen, einige Details mitzuteilen. „Sehen Sie, meine Damen, das ist ein großer, von einer hohen spitzen Mauer eingefasster Hof, in welchem die auf der Straße eingefangenen Hunde eingesperrt werden. Ich hatte bereits dreimal das Ängstlich, hinzugeraten.“

„Das wäre auch etwas!“ erlöste eine heisere Stimme aus der finstern Ecke. „Ich fahre zum hiebentmal hin!“

Die aus der Ecke kommende Stimme gehörte zweifellos dem violetten Hunde. Die Gesellschaft fühlte sich durch die Einmischung dieses verwahten Hundes in das Gespräch verletzt und gab sich also den Anschein, als habe sie seine Bemerkung nicht gehört. Wloß der andre Hofhund tief, getrieben durch den treckstischen Eifer des Parbenis, aus:

„Bitte, müssen Sie sich nicht ins Gespräch, wenn Sie nicht gefragt werden!“

Und er blickte kriecherisch der mausgraue Dogge in die Augen.

(Schluß folgt.)

Rechnung getragen werden. Nach weiteren Schlußreden werden diese Anträge angenommen:

Der Kopf der Zeitung ist in „Nachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“ umzuwandeln und der Inhalt der Zeitung betreffs Wäschearbeitern besser als bisher ausgearbeitet und zu erweitern.

Die Nachzeitung ist inhaltlich wie räumlich so auszubauen, um dem Lesbedürfnis der weiblichen Mitglieder möglichst genügen zu können, damit die Lieferrung der „Gleichheit“ entbehrt werden kann.

Die Nachzeitung soll so frühzeitig fertiggestellt werden, damit dieselbe spätestens Freitagabend in den Händen der Abonnenten liegt.

Abgelehnt wird der Antrag, daß die Annoncen im Nachblatt betreffs Gesuche um Freiwillige zum Militär nicht mehr aufgenommen werden sollen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 19. August 1908.

An die Parteigenossen!

Durch das Eingreifen der Polizei fand unsere Generalversammlung am Dienstagabend ein vorzeitiges Ende. Das neue Reichsvereinsgesetz soll augenscheinlich für Sozialdemokraten durch die Praxis wieder beseitigt werden.

Doch haben die Polizisten sich ihre Rechnung ohne die Parteigenossen gemacht. Wir sind sicher, daß es nur des Hinweises auf den ungesetzlichen Akt vom Dienstag bedarf, um unsre Genossen zu veranlassen, noch zahlreicher am Donnerstagabend um 8 1/2 Uhr im „Sachsehof“ sich einzufinden, um schon durch ihre Zahl gegen polizeiliche Ungerechtigkeiten zu protestieren.

Die Tagesordnung der Versammlung ist dieselbe wie gestern: Stellungnahme zum Parteitag und zum Bezirkstag und Wahl der Delegierten.

Parteigenossen! Erscheint in Massen, bringt aber euer Mitgliedsbuch zur Legitimation mit. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —

Die Meuterer auf dem Graecauer Anger.

Vor dem Kriegsgericht der Kommandantur hatten sich heute die Arbeitsoldaten 1. Klasse Hans Worch aus Königsberg, August Wender aus Lübeck und Hermann Riese aus Bremen wegen einer großen Anzahl Vergehen und Verbrechen zu verantworten. Es handelt sich um jenen Vorgang, der sich am 20. Juli nachmittags beim kleinen Graecauer Anger auf dem dort befindlichen Reitweg abgepielt hat. Alle drei Angeklagte haben früher bei der Marine gedient und sind zum Teil sehr erheblich mit Arrest und Gefängnis vorbestraft. Worch, ein fünfstündiger Riese, ist bereits mit 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vorbestraft. Von dieser Zeit hat er den größten Teil in Einzelhaft zugebracht.

Als Verteidiger der Angeklagten, die wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung, Weiblichkeit, verbunden mit tätlichem Angriff auf einen Vorgesetzten, Fahnenflucht usw., alles begangen vor versammeltem Mannschaff, angeklagt sind, fungiert Justizrat Münchhoff. Als Sachverständige sind zwei Sanitätsoffiziere anwesend. Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab: Am 20. Juli nachmittags wurde eine aus sieben Arbeitsoldaten bestehende Abteilung, darunter die drei Angeklagten, unter Leitung des Sergeanten Reichardt mit einem Gezeiten nach dem Graecauer Anger beordert, um den dort befindlichen Garnisonreitweg etwas auszubehalten. Diese Arbeit wird ausschließlich von Zeit zu Zeit von den Arbeitsoldaten ausgeführt. Kurz nach der Weisung warf Worch plötzlich seinen Spaten fort. Als der Sergeant Reichardt rief: „Worch, was machen Sie da?“ erwiderte dieser: „Ich arbeite nicht mehr, ich habe Kreuzschmerzen.“ Auf die nunmehr erfolgte Aufforderung des Sergeanten, entweder sich hinzulegen oder zu arbeiten, entgegnete Worch: „Lad... Du kannst mir usw.“ Worch ging hierbei auf den Sergeant los und griff diesen an die Brust. Dabei stürzten beide über eine Mauer. In diesem Augenblick wollte der Gefreite Drevenstedt mit gezogenem Seitengewehr dem am Boden liegenden Sergeanten zu Hilfe kommen, konnte aber sein Vorhaben nicht ausführen, weil er angeblich von Wender oder Riese einen Schlag mit einem Spaten auf den Kopf erhielt, wodurch er vorübergehend bewußtlos wurde. Während dieser Zeit erhielt auch der Sergeant je einen Schlag auf Kopf und Bein; ob mit dem Spaten oder der Hacke, konnte nicht festgestellt werden. Bevor nun der Sergeant sein Seitengewehr ziehen konnte, ergriffen die Angeklagten die Flucht, wurden aber später gefunden und sofort in das Garnisongefängnis abgeführt.

Zunächst wird der Angeklagte Worch vernommen. Er gibt in ruhigem Tone an, daß er während der Weisung mit Wender und Riese von Wegläuten gesprochen hätte. Wie sie das anfangen wollten, darüber seien sie sich angeblich nicht klar gewesen. Ueber den Zweck des Wegläutens kann der Angeklagte keine Angaben machen. Kreuzschmerzen habe er tatsächlich gehabt. Wie er dazu gekommen ist, zu sagen: „Ich arbeite nicht mehr“, kann er ebenfalls nicht sagen. Besonders anstrengend sei die Arbeit an dem Tage nicht gewesen. Als er sah, daß der Sergeant nach seinem Seitengewehr griff, sei er, Worch, plötzlich aufgeregt gewesen, worauf dann der tätliche Angriff erfolgte. Den Vorgang mit dem Gezeiten will Worch nicht gesehen haben. Eine Vereinbarung wegen des Angriffs sei nicht erfolgt.

Noch einmal vom Verhandlungsleiter über die eigentliche Ursache seiner Handlungsweise befragt, erklärt der Angeklagte: „Ich wollte in Freiheit!“

Der Angeklagte Wender gibt an, die Arbeit sei für ihn zu schwer gewesen. Der Sergeant Reichardt habe zu ihm, dem Angeklagten, einmal gesagt, er würde ihn, Wender, noch hindrängen, wo er noch nicht gewesen wäre. Auch mit dem Ausbruch „Marinekekel“ sei er vom Sergeanten hinter bezeichnet worden. Als er sah, daß der Gefreite mit dem Seitengewehr auf die am Boden liegende Gruppe losstürzte, seien er und Riese auf den Gefreiten zugegangen, um ihn niederzuschlagen.

Der Angeklagte Riese erklärt, er wisse überhaupt nicht, warum er bei der Arbeiterabteilung sei. Nähere Angaben kann er nicht machen. Als erster Zeuge wird der Sergeant Reichardt vernommen. Er kann sich nicht entsinnen, daß er dem Wender jemals gedroht hätte. Im übrigen schildert er den Sachverhalt wie bereits angegeben.

Die ziemlich umfangreiche Zeugenvernehmung drehte sich vornehmlich darum, festzustellen, wie die Haltung der übrigen Arbeitsoldaten während des Vorgangs war. Bei der Schnelligkeit, mit der sich das ganze Vorkommnis abspielte, erscheint es natürlich, daß die meisten von den Einzelheiten nichts gesehen oder wahrgenommen haben. Die Wunden, die der Sergeant Reichardt und der Gefreite Drevenstedt davongetragen hatten, werden von dem behandelnden Sanitätsarzt als nicht gerade lebensgefährlich bezeichnet. Da über die Zurechnungsfähigkeit der drei Angeklagten keinerlei Bedenken vorhanden sind, wird die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt.

Der Vertreter der Anklage gibt noch einmal in längerer Ausführungen ein Bild der Vorgänge vom 20. Juli und hält die Anklage im vollen Umfang aufrecht. Für die Angeklagten Wender und Riese läne noch als erschwerendes Moment militärischer Aufrührer hinzu. Da irgendein erklärlicher oder berechtigter Grund zur Handlungsweise der Angeklagten nicht vorlag, müsse von der Gewährung mildernden Umstände abgesehen werden.

Beantwortet wird gegen den Angeklagten Worch eine Gesamtsstrafe von zwölf Jahren Gefängnis, gegen den Angeklagten Wender eine Zuchthausstrafe von elf Jahren und gegen Riese eine solche von zwölf Jahren. Bei diesem mit Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen. Ferner wird Entfernung aus dem Heere beantragt.

Nachdem der Verteidiger für eine mildere Strafe plädiert, erklärt Worch, er wünsche ebenso wie seine Kameraden zu Zuchthaus verurteilt zu werden. Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach längerer Beratung wird um 2 Uhr das Urteil wie folgt verkündet: Der Angeklagte Worch wird zu 10 Jahren 1 Monat Gefängnis, Wender und Riese zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt und bei allen drei Angeklagten wird auf Entfernung aus dem Heere erkannt. Die Zuchthausstrafe kam in Wegfall, weil die Voraussetzung vorjähriger Zusammenrottung bei dem tätlichen Angriff nicht bewiesen werden konnte. Die drei Angeklagten nahmen sofort ihre Strafe an.

Arbeiterwirte.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands ist eine Vereinigung der im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe tätigen Personen, die dieses Gewerbe selbständig oder in Vertretung betreiben. Es handelt sich also zweifellos um eine Vereinigung von Gewerbetreibenden, von denen sicherlich ein nicht geringer Teil auch Personal beschäftigt. Nach den seitlich in der Gewerkschaftsbewegung geltenden Auffassungen handelt es sich bei diesem Verbande nicht um eine Gewerkschaft, also eine Vereinigung von Lohnarbeitern, weshalb auch der Antrag auf die Generalkommission oder an die örtlichen Gewerkschaftskartelle mit Recht abgelehnt wurde. Aber dennoch ist nicht zu verkennen, daß der Verband ein Teil der modernen Arbeiterbewegung ist, nicht etwa bloß deshalb, weil er nur Gastwirte aufnimmt, die sich mit den Grundfragen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklären und bei dieser Partei politisch organisiert sind (das könnten z. B. auch sozialdemokratische Zigarrenhändler, ohne deshalb der Arbeiterbewegung nützlich zu sein), sondern weil seine Mitglieder der Arbeiterbewegung ihre Räume für Versammlungs- und Versammlungszwecke zur Verfügung stellen. Infolge dieser Förderung der modernen Arbeiterbewegung wurden diese Gastwirte von den Gemeinde-, Polizei- und Militärbehörden derart schikaniert und boykottiert, daß sie einen Verband für die Wahrung der Interessen der freien Gastwirte und für den Rechtsschutz ihrer Verursachungen gründeten. Aus dem Kampfe für ein freies Versammlungsgesetz ist also dieser Verband herausgewachsen, und schon diese Ursache seines Daseins sollte ihm die Sympathien der modernen Arbeiterbewegung sichern. Dazu kommt, daß die meisten seiner Mitglieder aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Genossen, die wegen ihrer führenden Stellung genötigt oder sonst wirtschaftlich unmöglich gemacht und dadurch veranlaßt wurden, sich in Gastwirtschaften eine Existenz zu schaffen. Mancher Veteran der Arbeiterbewegung ist darunter, und ihre Wirksamkeit sind für viele Jüngere der Sammelpunkt der Arbeiterbewegung in schwerer Zeit gewesen. Sie sind mit der Entwicklung der Bewegung auf das innigste verwachsen.

Nun diese Bewegung groß und stark geworden — so lesen wir im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ —, ist sie allmählich auch aus ihren früheren Verhältnissen herausgewachsen. Die moderne Entwicklung im Gastwirtschaftsgewerbe schreitet vielfach über diese alten Genossen hinweg. Wo die Arbeiterorganisationen über die nötigen Mittel verfügen, werden Gewerkschaftshäuser mit Wirtschaftsräumen und Versammlungsräumen errichtet. Brauereien, die sich früher nie um die Arbeiterbewegung kümmerten, stellen ihnen heute ihre Säle zur Verfügung. Damit müssen sich die Gast- und Schankwirte schon abfinden. Aber soweit sie ausreichende Räume für Versammlungen, Sitzungen, Werkstattheisprechungen, Kontrolle, Unterrichts- und Parolenausgaben haben und dieselben den Gewerkschaften zur Verfügung stellen, dürfen sie mit Recht eine Verzichtung ihrer Lokalfunktionen erwarten, eben weil sie Mittelfür für freies Versammlungsgesetz waren und es noch heute sind. Solange der Kampf um die Versammlungsfreiheit auf dem Gebiete der Lokalfrage noch mit solcher Zähigkeit und mit dem Aufwand von Mitteln geführt werden muß, wie dies heute geschieht, solange müssen wir auch die Bundsgenossen unterstützen, die diesen Kampf mitführen, ja vielfach in erster Linie führen müssen. Seit kein Tag vergeht, ohne daß Militärbehörden, Militär- und Kriegerebene über Lokale, die zu Arbeiterversammlungen zur Verfügung stehen oder ein Partei- oder Gewerkschaftsblatt auflegen, den Boykott verhängen.

Die bürgerlichen Gastwirtschaftsbereine tun nicht das mindeste, um diesen Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu brechen — ja sie unterstützen obendrein die Reaktion durch Denunzierung freier Gastwirte. Und sollen wir ruhig zusehen, wie der trockne Polizeikampf einen Gastwirt nach dem anderen mürbe macht, bis er am endlich sein Lokal veräußert, wie täglich Strafmandate wegen der unmöglichsten Dinge verhängt werden, immer mit der drohenden Konfiskationseinstellung im Hintergrunde? Sollen wir, anstatt diejenigen zu unterstützen, die den Kampf gegen ein solches System führen, lieber bei fremden Gastwirten verkehren, die bürgerlichen Vereinen angehören und nichts von der Polizei zu leiden haben?

Kampf gegen Kampf war noch allezeit unsere Parole. Aber es handelt sich nicht lediglich darum, gewerkschaftliche Sitzungen und Versammlungen bei frei organisierten Gastwirten abzuhalten und diesen den Konsum von Arbeitergroßen zu sichern, sondern die Kampforganisation der freien Gast- und Schankwirte zu stärken. Das soll geschehen, indem die Arbeiter auf diejenigen Wirte, die teils als Mitglieder der Partei oder der Gewerkschaften der Arbeiterbewegung nachstehen, teils vom Verkehr der Arbeiterschaft leben, ihren Einfluß ausüben, damit diese sich dem Verband der freien Gast- und Schankwirte anschließen. Die Arbeiterbewegung hat noch allezeit den Standpunkt der Solidarität vertreten, der von dem einzelnen heißt, daß er den gemeinnützigen Beiträgen seiner Verursachungen nicht teilnahmslos zusehe, sondern sich denselben anschließe.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sitzung der zum Donnerstag geladenen Dreher und Maschinenarbeiter findet nicht um 8 Uhr, sondern gleich nach Arbeitsluß, also 6 1/2 Uhr, statt. Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Verächtigung und Ergänzung. Die am 13. d. M. bei Lückefeld abgehaltene Frauenversammlung war nicht vom Frauenverein einberufen, sondern es war eine öffentliche Versammlung. Der erwähnte Kasfenbericht stellte sich wie folgt: Einnahme 447,08 Mark, Ausgabe 351,62 Mark, Kasfenbestand 95,46 Mark. Des weiteren wurde zum diesjährigen Parteitag Stellung genommen und beschloffen, in diesem Jahre nochmals selbständig zu delegieren. Als Delegierte für den Parteitag und die vorangehende Frauenkonferenz wurde Genossin Kauer gewählt.

Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 2. bis 8. August die Zahl der Lebendgeborenen 55 männliche, 49 weibliche, zusammen 104; Gestorbenen 54 männliche, 54 weibliche, zusammen 108; innerhald der Stadt umgezogene (nach den Zugangsmeldungen) 572 männliche, 601 weibliche, zusammen 1173; von auswärts Zugewogene 460 männliche, 373 weibliche, zusammen 833; nach auswärts Fortgezogene 401 männliche, 428 weibliche, zusammen 829; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 207 männliche, 135 weibliche, zusammen 342; Ehegeschiedene 34.

Schwere Verbrecher. Hühner und bebend tritt ein schmaler blauer Junge an der Hand seiner abgearbeitet und erschreckt aussehenden Mutter den Verhandlungsraum. Schon die Fragen des Richters nach den Personalien entsehten Tränenströme. Jammern und Stöhnen die Frau hervor: „Sechse hat ich allein großgezogen und alle sind ordentlich und ehrlich und nun soll gerade der Kleinste gestohlen haben. Er hat sich ganz gewiß nichts dabei gedacht.“ Was hat nun der kleine Bengel Arges getan? Er hat eines Tags gebadet und wollte sich dann in der Bille wieder anziehen, aber o Schrecken, sein sämtliches Zeug war weggehoben! Was nun tun? In seiner Qual nahm der

Junge eine Hose, eine Weste und ein Paar Stiefel, um nur zu Hause gehen zu können. Die Folge war eine Anklage wegen Diebstahls nach namenloser Angst und Sorge für Mutter und Sohn. Es erfolgte Freisprechung, da das Schöffengericht annahm, dem Knaben habe das rechtswidrige Bewußtsein gefehlt.

Ein andres Bild. Ein junger Bursche, der beim Abgehen zu helfen pflegte, noch nicht viel bediente, aber einen gesunden Appetit hatte, der ihm öfter zu schaffen machte, mußte alles, was er verdiente, der Mutter abliefern, so daß ihm kein Pfennig Taschengeld blieb. Eines Tages war dem ewig hungrigen seine Tagesration an Stullen abhanden gekommen. Seine Mitarbeiter gaben ihm zwar etwas ab, aber der Tag ist für solch einen jungen Mann arg lang. Endlich kam aber doch der Abend, jedoch, o Schrecken, nicht die Mutter, die mußte länger waschen. Um seinen Hunger zu stillen, ging der junge Mann in einen Wäckerladen und bat um Brot. Er hatte es aber recht ungeschickt angefangen, wurde abgestift und wegen Bettelns angeklagt. Er kam mit einem Verweis davon.

Ein Schweregeprüfter. Von Krämpfen befallen wurde gestern nachmittags ein Mann in der Ludolfsstraße. Hilfsbereite Straßenpassanten trugen den Mann, der ein Holzbein hatte, in das nächste Haus zur Erholung.

Ein ungebärdiger Angeklagter. Der Former Walter Egger von hier, 26 Jahre alt, vielfach vorbestraft, beschimpfte in der Sitzung vom 5. Mai d. J. nach Verlesung eines gegen ihn gerichteten Urteils die Mitglieder der ersten Strafkammer. Dafür war er jetzt wegen Verleumdung angeklagt, aber auch jetzt gebrauchte er während der Verhandlung fortgesetzt Schimpfreden und wurde gegen die Gefängnisbeamten handgreiflich, so daß er gefesselt und während der Zeugenvernehmung abgeführt werden mußte. Wieder vorgeführt, wurde ihm der Inhalt der Aussagen mitgeteilt. Er tobte und lärmte weiter. Die Strafkammer mußte schließlich die Verhandlung vertagen.

Letzte Nachrichten.

Die türkische Wiedergeburt.

Hd. Sofia, 19. August. Aus Saloniki wird gemeldet, daß das jungtürkische Komitee das Wahlprogramm ausgearbeitet hat. Dieses besteht den Christen die Wehrpflicht und die Volksschule in der Muttersprache zu, lehnt dagegen die Forderung gemeinsamer Mittel- und Hochschulen für alle Nationalitäten ab. Die Bulgaren protestieren jetzt gegen die damit bezweckte Schließung der bulgarischen Gymnasien und erklären: Die Zbylle ist zu Ende, der Kampf beginnt.

Hd. Konstantinopel, 19. August. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Buc.) Wegen nicht eingehaltener Gehaltszahlung veranfaßten die Beamten des Finanzministeriums eine Demonstration.

Hd. Saloniki, 19. August. Die Arbeiter der hiesigen Tabakfabrik sind in den Ausstand getreten. Sie fordern 10 stündige Arbeitszeit und eine 50 prozentige Lohnerhöhung.

Hd. Berlin, 19. August. Der Kaiser hat aus dem Dispositionsfonds der Robert-Koch-Stiftung 100 000 Mark zur Bekämpfung der Tuberkulose bewilligt.

Hd. Wülheim (Ruhr), 19. August. Nachträglich wird bekannt, daß in der letzten Stadtratssitzung, als über die Zeppeinspende beraten wurde, der Vorsitzende erklärte, daß vom Oberpräsidenten durch Vermittlung des Regierungspräsidenten die Weisung ergangen sei, das Geld an das Reichskomitee abzuführen. In der Beschlusssitzung wurde jedoch betont, daß die 500 Mark zur freien Verfügung des Grafen gegeben würden.

Hd. Leipzig, 19. August. Bei einem heute früh in einem Hotel in der Zeiger Straße ausgebrochenen Dachstuhlbrand wurden zwei Kellnerinnen in ihrer unter dem Dach liegenden Schlafkammer erstickt aufgefunden. Eine 73 Jahre alte Witwe konnte noch im letzten Augenblick von der Feuerwehr gerettet werden.

Hd. Frankfurt a. M., 19. August. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus New York meldet, wurden in Eureka (Kalifornien) mehrere Erdölöle verpörrt.

Hd. Bromberg, 19. August. In Schwarzitz bei Wollstein sind drei galizische Arbeiterinnen an Pilzvergiftung erkrankt. Eine ist bereits gestorben.

Hd. Serajewo, 19. August. In der Nähe von Serajewo wurde ein verkleideter serbischer Offizier wegen Spionage verhaftet. Nach mehreren seiner Komplizen wird gefaßt.

* London, 19. August. Die englische Admiralität hat eine Station für drahtlose Telegraphie in ihrem Lokal in London aufstellen lassen und ist nunmehr in der Lage, mit sämtlichen Kriegsschiffen auf eine Entfernung von 25 000 Kilometern Verbindungen herzustellen.

Hd. Petersburg, 19. August. Die Polizei verhaftete 20 Personen, darunter einen Postbeamten. Sie haben bereits abgestempelte Briefmarken wieder gebrauchsfähig gemacht und in Umlauf gesetzt. Der Betrag, um welchen der Staat geschädigt sein soll, beläuft sich auf über eine Million Rubel.

Hd. Paris, 19. August. Wie dem „Echo de Paris“ aus Romas gemeldet wird, brach gestern in der Kaserne des 75. Infanterie-Regiments Feuer aus, das großen Materialschaden anrichtete. Zwei Feuerwehrlente wurden bei den Löscharbeiten schwer verletzt. Man vermutet Brandstiftung.

Hd. Paris, 19. August. Das Torpedoboot 301 stieß gestern beim Eintreffen im Arsenal von Cherbourg mit dem Küstenschiff „Naquin“ zusammen und erlitt dabei schwere Beschädigungen.

Hd. London, 19. August. Wegen eines Artikels des „Standard“ von vorgestern, in dem der Schatzkanzler Lloyd George und der Handelsminister Churchill beschuldigt werden, die Luftflut über die auswertigen Angelegenheiten zu führen, um Sir Edward Grey aus dem Amt zu treiben, hatte ein Berichterstatter des „Daily Chronicle“ in Baden-Baden mit dem Schatzkanzler eine Unterredung, in der dieser ihn ermächtigte, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der gegen die Anklagen heftig Widerspruch erhoben wird. Niemand habe größere Bewunderung für Grey oder größeres Vertrauen auf seine großen Fähigkeiten, als er selbst und Churchill. Er hätte es nicht der Mühe für wert gehalten, eine Richtigstellung zu geben, wenn die Gesichte nicht nach Deutschland telegraphiert, dort weit und breit veröffentlicht und dazu benutzt worden wäre, den Eindruck hervorzurufen, als ob im englischen Kabinett eine Spaltung bestände.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 20. August: Veränderlich, Regenschauer, etwas kühler.

